



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat

TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRAATES

Vorarlberg

2. Halbjahr 2017

Wien

1. Halbjahr 2018



BUNDES RAT



Inhalt

Grußworte der Bundesratspräsidenten

Statements der Fraktionsvorsitzenden

<i>Martin Preinerder, Edgar Mayer (ÖVP): Im Fokus des Bundesrates</i>	6
<i>Inge Posch-Gruska, Reinhard Todt (SPÖ): Den sozialen Zusammenhalt sichern</i>	6
<i>Monika Mühlwerth (FPÖ): Wohlverhalten in die Zukunft</i>	7

Präsidenschaft Vorarlberg – Die Schwerpunkte

Digitalisierung und Demokratie	8
Enquete: Die Zukunft der Europäischen Union	16
Föderalismus stärkt Identität	26
Gemeinsam Perspektiven schaffen. Föderale Strukturen sind notwendig	28
Subsidiarität in konkrete Maßnahmen umsetzen	30
Internationale Kontakte	34

Präsidenschaft Wien – Die Schwerpunkte

Soziale Auswirkungen der Digitalisierung	38
Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten	42
Armut schmerzt: Enquete gegen Armut in Kindheit und Alter	44
Von der Digitalisierung sollen alle profitieren	54
Gedenken: Bundesratspräsident Todt gedenkt Otto Felix Kanitz	56
Die neue Arbeitswelt sozial gestalten	58
Überall ist Zukunft: Gesellschaft im digitalen Zeitalter gestalten	60
Restitution: Bundesratspräsident Todt plädiert für Nachdenkprozess	62
Internationale Kontakte	64
Todt: Die Digitalisierung muss sozial gerecht gestaltet werden	66
Landeshauptmann Ludwig für Sozialpartnerschaft und Föderalismus	67

Statistik

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates – 2. Halbjahr 2017 1. Halbjahr 2018	68
--	----



Bundesratspräsident Edgar Mayer

Der Bundesrat diskutiert wichtige Zukunftsthemen!



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Seit mehr als drei Jahren befasst sich der österreichische Bundesrat intensiv mit den Auswirkungen, den Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Demokratie. Der Bundesrat hat sich dieser wichtigen Aufgabe abseits von ideologischen oder parteipolitischen Interessen angenommen und auch die Öffentlichkeit eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Über die digitale Plattform www.digidem.at wurden viele Kommentare in die Diskussion eingebracht, in denen Fragen wie die Auswirkung der Digitalisierung auf die politische und mediale Kommunikation oder das demokratiepolitisch besonders sensible Thema E-Voting angesprochen wurden.

Damit ist der Nachweis gelungen, dass unter Einbindung der Öffentlichkeit auch hochwertige Diskussionen möglich sind. Ein gelenkter Umgang mit der Digitalisierung ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft. Hier geht es um die Erhaltung von Meinungsfreiheit, Transparenz und Fairness und damit um einen Schritt zur Erhaltung der Demokratie. In einem speziellen Symposium wurden die bisherigen Ergebnisse und künftige Herausforderungen der Digitalisierung für die Politik diskutiert. Grundlage dafür waren das vom Bundesrat herausgegebene Grünbuch „Digitalisierung und Demokratie“ und die Beiträge von BürgerInnen, die auf der digitalen Plattform eingebracht wurden.

Die Macht der im Internet stattfindenden Meinungsbildung ist heute enorm. Beunruhigend daran ist, dass diese Meinungsbildung dort auch gelenkt oder manipuliert werden kann, sei es durch Fake News oder automatisierte Postings. Das wirft ernste Fragen für die Demokratie auf, wie sich auch im Nationalratswahlkampf bestätigt hat. Die Lösung dieser Probleme ist daher letztendlich auch eine Überlebensfrage für unsere Demokratie. Dieser Diskussionsprozess wird im Zukunftsausschuss und im Verfassungsausschuss des Bundesrates weiter behandelt und auf dieser Basis werden dann Anträge an den Nationalrat und die Bundesregierung formuliert. Ein weiterer großer Schwerpunkt meiner Präsidentschaft waren die Herausforderungen, die Österreich im Rahmen der EU zu bewältigen hat. In der Enquete „Die Zukunft der EU – aus Sicht der

Bundesländer und Regionen“ wurde dieses Thema intensiv diskutiert und die Länderkammer unterstrich damit einmal mehr ihre europapolitische Kompetenz. Zielsetzung dieser Parlamentarischen Enquete war es, eine Debatte über die Zukunft Europas anhand des von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker initiierten Juncker-Planes zu führen. Dabei sollte die Frage im Vordergrund stehen, in welchen Politikbereichen ein Handeln der EU erforderlich ist und welche Kompetenzbereiche besser auf Ebene der Nationalstaaten, der Regionen und der Kommunen behandelt werden können.

Mit diesem Themenbereich befasst sich auch die erstmals in Wien abgehaltene 8. Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen (AdR). Diese Konferenz ist die wichtigste Veranstaltung des AdR zur Subsidiarität. Sie wird alle zwei Jahre veranstaltet und zielt darauf ab, die interinstitutionelle Dynamik der Subsidiaritätskontrolle zu stärken und einen echten Dialog zwischen allen am Subsidiaritätsüberwachungsprozess beteiligten Parteien zu ermöglichen.

Wie Entscheidungen in der EU möglichst effizient und bürgernah getroffen werden können, war deshalb auch das zentrale Thema. Die Frage, welche Regierungsebene wofür zuständig ist, ist politisch brisant. Das Subsidiaritätsprinzip in der EU soll sicherstellen, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden, d.h. die EU soll nur dort tätig werden, wo die angestrebten Ziele nicht durch Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene besser erreicht werden können.

Ich möchte mich abschließend auch bei allen Menschen sehr herzlich bedanken, die mich mit großem Engagement und Freude bei meiner Präsidentschaft unterstützt haben. Dem Bundesrat war es dadurch möglich, aktuelle Zukunftsthemen zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die wichtig für unser Land sind.

A handwritten signature in black ink, reading "Edgar Mayer". The signature is written in a cursive, flowing style.

Bundesratspräsident Reinhard Todt

Die Basis für ein gutes Miteinander



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Mir wurde die Ehre zuteil, von 1. Jänner bis 30. Juni 2018 zum zweiten Mal das Amt des Bundesratspräsidenten auszuüben. Das ehrt mich, weil der Bundesrat als Teil der österreichischen Gesetzgebung und als Länderkammer die Rechte der Länder wahrnimmt. Damit gewährleisten wir die Grundwerte und Grundrechte für alle Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Land. Wir schaffen damit die Basis für ein gutes Miteinander und für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. „Die digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ – mit diesem Leitsatz gestaltete ich meine Präsidentschaft. Als aus Wien entsandter Präsident des Bundesrates freut es mich, dass unsere Bundeshauptstadt hier Einiges vorlegt.

2018 wurde Wien zum neunten Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Damit steht Wien seit 2009 durchgehend an der Spitze des Mercer-Rankings. Da macht es Sinn, sich die Frage zu stellen: Was bedeutet lebenswert? Wien bietet eine top Strom- und Wasserversorgung, ein sehr gutes öffentliches Verkehrsnetz, tolle Freizeitangebote von der Gastronomie über Kunst und Kultur. Aber: Lebenswert bedeutet mehr als das. Lebenswert ist eine Stadt, wenn sie das Leben der Menschen, die in ihr leben, wertschätzt – und hier kommen wir zu einer sozialen Frage. Es macht mich stolz, dass Wien diese soziale Frage mit einem Sicherheitsnetz beantwortet. Ein Netz, das wir nicht durchlöchern, sondern Tag für Tag dichter weben müssen. Das fängt bei der Mindestsicherung an und geht weiter mit dem sozialen Wohnbau über das Angebot der Kinderbetreuung bis hin zur gratis Nachhilfe. Auch im Bereich der digitalen Welt steht Wien für eine offene Stadt: mit dem Open Government stellt die Stadt Wien erhobene Daten online zur Verfügung. Die digitale Verwaltung ist in Wien so gut ausgebaut wie in kaum einer anderen Stadt. Wien beteiligt sich mit den Städten Lyon und München an dem gemeinsamen EU-Projekt „Smarter Together“. Mit dem Public WLAN wird die Stadt Schritt für Schritt mit freiem Internet ausgestattet. Diese Maßnahmen sind ein gutes Beispiel dafür, wie die Digitalisierung der Allgemeinheit zu Nutzen gemacht werden kann. Sie gestalten sich daher als wichtige Beiträge, um unsere digitale Zukunft sozial gerecht zu gestalten.

In meiner Präsidentschaft beschäftigte ich mich mit der sozialen Frage auf österreichweiter Ebene. Hier steht für mich fest: Um die soziale Frage für die Zukunft zu beantworten, müssen wir einen Fokus auf die digitale Dimension legen. Denn obwohl die fortschreitende Digitalisierung bereits in aller Munde liegt, läuft die Diskussion nicht selten ins Leere, wenn es darum geht soziale Verantwortung zu übernehmen. Vom Fortschritt der Technik und der Digitalisierung sollen aber alle Menschen etwas haben. Neue Technologien sollen der Allgemeinheit nutzen und nicht nur wenigen Profiteuren. Die zunehmende Digitalisierung ist im Alltag omnipräsent. Für Jung und Alt. Im Privatleben sowie im Berufsleben.

Ich beobachte hier allerdings, dass es eine große Verunsicherung in der Gesellschaft gibt: So praktisch zum Beispiel auf der einen Seite die Vorteile eines Smartphones sind, schürt die Digitalisierung auf der anderen Seite die Angst um den Arbeitsplatz. Wir alle kennen das Beispiel der Kassiererin im Supermarkt, die durch eine Maschine ersetzt wird. Diese Angst ist verständlich. Denn obwohl Österreich zu den reichsten Ländern der Welt zählt, ist Armut noch immer ein reales Problem. Ich habe mich in meiner Präsidentschaft insbesondere mit der Kinder- und Altersarmut auseinandergesetzt. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von einer halben Million schutzbedürftiger Menschen.

Auch wenn wir im internationalen Vergleich relativ gesehen besser abschneiden, steht für mich eines fest: Jeder Mensch, der von Armut betroffen oder gefährdet ist, ist einer zu viel.

Wie es Bruno Kreisky schon sagte: „Man kann Umstände zur Kenntnis nehmen, darf aber nicht bereit sein, sie hinzunehmen.“

Wie können wir unsere digitale Zukunft sozial gerecht gestalten? Ich hoffe, der Antwort auf diese Frage mit meiner Präsidentschaft eine Spur näher gekommen zu sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannenden Lektüre!

Ihr Bundesratspräsident Reinhard Todt

Ein erfolgreiches Jahr Die Fraktionen ziehen Bilanz



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Martin Preiner

Vorsitzender der
Bundesratsfraktion der ÖVP



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Edgar Mayer

Präsident des Bundesrates

Im Fokus des Bundesrates

Der Bundesrat hat einer inzwischen guten Tradition folgend mit Präsidenten Edgar Mayer aus Vorarlberg und Reinhart Todt aus Wien wieder wichtige Themen im Bereich der Digitalisierung aufgegriffen und in Form von spannenden Symposien im Parlament wie „Digitalisierung und Demokratie“ und „Digitalisierung, sozial gerecht gestalten“ behandelt. Damit fand die Strategie des Bundesrates eine Fortsetzung, sich mit aktuellen Herausforderungen der heutigen Zeit zu befassen. Dabei wurden mit vielen großartigen Experten Lösungsvorschläge erarbeitet, die wichtige Impulse im politischen und gesellschaftlichen Prozess darstellen. Besonders erwähnenswert ist, dass dabei auch die

Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hatten, sich über eine Onlineplattform aktiv einzubringen und sich so am Diskussionsprozess zu beteiligen. Diese Einbindung kann als sehr gelungen bezeichnet werden und bestätigt, dass damit hochwertige Diskussionen möglich sind.

Der Bogen der Themenbereiche, die im Bundesrat weiters diskutiert werden, spannt sich vom Juncker-Plan, der in der Enquete „Die Zukunft der EU – aus Sicht der Bundesländer und Regionen“ behandelt wurde, bis zur erstmals in Wien stattgefundenen Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen (AdR). Dabei stand im Fokus, wie Entscheidungen in der EU möglichst effizient und bürgernah getroffen werden können. Das Subsidiaritätsprinzip soll auch sicherstellen, dass die EU nur dort tätig werden soll, wo die angestrebten Ziele nicht durch Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene erreicht werden können. Auch in der Enquete „Älter, Jünger, Ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“ wurden von namhaften Expertinnen und Experten wichtige soziale Herausforderungen unserer Zeit diskutiert und so eine Plattform geboten. Insbesondere ging es darum, die Politik in die Verantwortung zu nehmen, damit die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet. Bundesratspräsident Reinhard Todt hat u.a. am Ende der Enquete betont, dass Armut ein gesellschaftliches Problem sei und durch soziale Maßnahmen gelöst werden könne.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Inge Posch-Gruska

Vorsitzende der
Bundesratsfraktion der SPÖ



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Reinhard Todt

Präsident des Bundesrates

Den sozialen Zusammenhalt sichern

Der Länderkammer kommt im Österreichischen Parlament eine besondere Verantwortung zu. Als

Kammer, die Stabilität und Vision miteinander verbindet, können wir über den Tellerrand der hektischen Tagespolitik hinweg politische Agenden verfolgen. So ist der österreichische Bundesrat seit geraumer Zeit Vordenker im Bereich der Digitalisierung.

Als Präsident des Österreichischen Bundesrates hat Reinhard Todt einen wesentlichen Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenlebens im digitalen Wandel fokussiert: Den sozialen Zusammenhalt. Unter dem Motto „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ wurden Strategien diskutiert, die Digitalisierung der Allgemeinheit anstatt wenigen Profiteuren zu Nutzen machen. Als sozialdemokratische Fraktion ist uns wichtig die Kinder- und Altersarmut besonders hervorzuheben. In Österreich sind über eine halbe Million Kinder und Pensionierte durch Armut



gefährdet. Armut ist kein Schicksal, es liegt in unserer Verantwortung sie zu verhindern. In einer Zeit, in der soziale Kälte und Austeritätspolitik auf Kosten der Ärmsten zur politischen Tagesordnung gehören, macht Todt soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt der Menschen zur obersten Priorität. Edgar Mayer beleuchtete in seiner Präsidentschaft digitale Partizipationsmöglichkeiten. Zudem hat er den Fokus der 8. Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen darauf gelegt, wie man Regionen besser in Entscheidungen der EU einbinden kann. Das ist ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der EU. Die Subsidiarität ist ein wichtiges Prinzip, das nicht als Nationalismus-Keule missbraucht werden darf. Wichtige Herausforderungen müssen wir gemeinsam angehen. Dass z.B. eine ungarische Erntehelferin in Österreich drei Euro pro Stunde verdient, ist nicht akzeptabel. Als sozialdemokratische Fraktion fordern wir ein klares Bekenntnis gegen Lohn- und Sozialdumping.

Abschließend ist festzustellen, dass sich die Verhältnisse im Österreichischen Bundesrat durch die Nationalrats- und Landtagswahlen geändert haben. Bisher wurde die Zusammenarbeit im Bundesrat stets als konstruktiv gelobt. Dass der Innenminister dem Bundesrat als Kontrollorgan nicht mehr Rede und Antwort stehen möchte und sich bis auf Weiteres vertreten lässt, zeugt allerdings von Geringschätzung. Die sozialdemokratische Fraktion hat indessen auf 21 von 61 Mitgliedern aufgestockt und stellt damit mehr als ein Drittel der Stimmen. Dies ist vor allem dann relevant, wenn es um die Kompetenzen der Länder geht. Aber auch im Bereich der Verfassung und einfacher Bundesgesetze kommt unserer Fraktion dadurch ein vergrößerter Handlungsspielraum zu, dem wir uns bei Notwendigkeit bedienen werden.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Monika Mühlwerth

Vorsitzende der Bundesratsfraktion der FPÖ

Wohlbehalt in die Zukunft

Das Parlament hat sich verändert. Nicht nur räumlich, sondern auch inhaltlich. Wir sind aus den altherwürdigen Räumen des Gebäudes an der Ringstraße in die neu gebauten Pavillons im Bereich der Hofburg gezogen. Mit dem Ergebnis

der Nationalratswahl 2017 wurde die Möglichkeit geschaffen, eine neue Koalition, bestehend aus ÖVP und FPÖ, zu bilden. Die neue Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Österreich nunmehr wohlbehalt in die Zukunft zu bringen.

Die Digitalisierung schreitet weiter voran und wir müssen die Menschen in Österreich fit für die Zukunft machen. Dabei ist die Bildung ein zentraler Bestandteil. Bildung wird künftig noch viel mehr eines der höchsten Güter sein als heute. Daher gilt es, allen Schülern das nötige Rüstzeug zu geben, aber auch für all jene die Voraussetzungen zu schaffen, die schon am Eingang zur Bildung scheitern, weil sie die deutsche Sprache nicht beherrschen. Die Maßnahmen der Bundesregierung werden von der Opposition abgelehnt; wenn aber nach dem bisherigen System ein Viertel aller Schüler nach neun Schuljahren nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen kann, ist etwas schiefgelaufen und bedarf

einer dringenden Korrektur. Die Einführung von Deutschförderklassen ist nur ein erster Schritt.

Die Übernahme des EU-Ratsvorsitzes mit 1. Juli 2018 wird Österreich vor vielfältige Herausforderungen stellen. Die Frage des Asylwesens in der EU muss geklärt werden; hier zeichnet sich vorerst keine einheitliche Lösung ab. Viele Staaten lehnen ebenso wie die österreichische Regierung ein Verteilen nach einem Schlüssel ab. Die Sicherung der Außengrenzen wird ebenso ein Thema sein wie die Frage des Westbalkans und seiner Staaten. Der „BREXIT“ geht in seine Endphase und die endgültigen Verträge für den Austritt 2019 fallen in die österreichische Ratspräsidentschaft.

Die Ausgaben dürfen nicht erhöht werden und die EU wäre gut beraten, an sich selbst zu sparen. Außerdem muss die EU definieren, welche Aufgaben sie künftig wahrnehmen soll, ohne jedes Detail im Zusammenleben der Mitgliedstaaten regeln zu wollen.

Das wird keine leichte Aufgabe sein, denn wir alle wissen aus Erfahrung, dass man an einmal Eingeführtem nur allzu gerne festhält. Es wird also eine spannende Ratspräsidentschaft werden.

Ich bleibe nach wie vor bei meinem Credo, dass die EU nur im Einklang mit den Bürgern weiterhin Bestand haben kann, aber keinesfalls ohne oder sogar gegen sie.

Schon Victor Hugo (1802-1885) sagte: *„Genau zu wissen, wieviel von der Zukunft in die Gegenwart eingehen kann, ist das Geheimnis einer guten Regierung.“*



Vortrag zum Thema „Der große Schwindel. Über die mediale Derealisation der Politik“ © Parlamentsdirektion/Raimund Appel

Digitalisierung und Demokratie

„Digitalisierung und Demokratie“ war einer der Schwerpunkte der Bundesratspräsidentschaft von Edgar Mayer. Dazu wurde ein neues Grünbuch – das mittlerweile dritte des Bundesrates zum Thema – erstellt. Vor allem aber wurde die Bevölkerung eingeladen, sich an diesem Prozess aktiv zu beteiligen.

Die enthaltenen Beiträge von ExpertInnen aus den unterschiedlichen Feldern reichen von der Bedrohung durch Hackerangriffe bis zu digitaler Bildung, von E-Voting bis zu neuen Beteiligungsmöglichkeiten und von digitalen Amtswegen bis hin zur Zukunft der Medien, Stichwort Social Media und Fake News.

Als nächsten Schritt initiierte Edgar Mayer eine faktische Onlinebeteiligungsmöglichkeit für alle Interessierten: die öffentliche Konsultation und Diskussion zu „Digitalisierung und Demokratie“ auf einer eigens eingerichteten Plattform, wobei als Diskussionsgrundlage

das besagte Grünbuch diente. Zur Beteiligung eingeladen waren alle BürgerInnen, die zu dem Themenbereich etwas beitragen mochten. Die Ergebnisse flossen in das weiterführende parlamentarische Symposium am 4. Oktober 2017 im österreichischen Bundesrat und in die Arbeit seiner Ausschüsse ein.

Mayer für rege BürgerInnenbeteiligung und Forcierung des Themas

„Die Digitalisierung bietet jedem Einzelnen heute neue Instrumente und Verfahren. Sie schafft beson-



ders politischen Institutionen digitale Möglichkeiten der Information und der direkten Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Auch der Bundesrat nützt diese Möglichkeiten und gibt ab heute allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich online an der Diskussion über Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Politik zu beteiligen“, sagte Bundesratspräsident Edgar Mayer im Rahmen der Kick-off-Veranstaltung zur Onlinekonsultation im Palais Epstein.

„Es ist in unser aller Interesse, einerseits Mittel zur Förderung der Medienkompetenz und der digitalen Bildung zur Verfügung zu stellen und andererseits die qualitätsvolle Medien- und Meinungsvielfalt zu stärken“, so Mayer zum digitalen Kommunikationsumfeld. Diese Medienförderung dürfe sich nicht alleine auf traditionelle Medien beschränken, sondern müsse auch Onlinemedien umfassen. Im Hinblick auf die bevorstehende Nationalratswahl wies er darauf hin, dass der Einfluss sozialer Medien noch nie so groß war wie jetzt – mit offenen Auswirkungen. Der Bundesratspräsident unterstrich dabei seinen Wunsch, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger an der Onlinekonsultation beteiligen und appellierte an Meinungsmacher, diesen wichtigen Zugang in der Öffentlichkeit zu forcieren.

Digitalisierung braucht Demokratie

Bereits seit drei Jahren befasst sich der österreichische Bundesrat intensiv mit den Auswirkungen, den Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Demokratie. In einem eigenen Symposium wurden die bisherigen Ergebnisse und künftige Herausforderungen der Digitalisierung für die Politik diskutiert. Grundlage dafür waren das vom Bundesrat herausgegebene Grünbuch „Digitalisierung und Demokratie“ und die Beiträge von BürgerInnen, die auf der digitalen Plattform www.digidem.at eingebracht werden konnten. Dieser Diskussionsprozess werde noch weitergehen, sagte der Bundesratspräsident Edgar Mayer.

„Die Macht der im Internet stattfindenden Meinungsbildung ist heute enorm.“

Edgar Mayer

Auf Basis dieser weiteren Beratungen werde der Bundesrat dann Anträge an den Nationalrat und die Bundesregierung formulieren, kündigte Mayer an.

Wissenschaftsminister Harald Mahrer nannte in seiner Begrüßungsrede unter anderem das Thema Datensouveränität als wichtige Aufgabe für die Politik. Mit der Frage, wie sehr das Internet und die neuen Medien die Rahmenbedingungen der Verbreitung



Präsident des Bundesrates Edgar Mayer bei der Eröffnungsansprache © Parlamentsdirektion/Raimund Appell

von Informationen wie auch von Desinformationen verändert hat, befasste sich das erste Panel von ExpertInnen, die auch am Grünbuch mitgewirkt hatten. Die Vortragenden beleuchteten dabei vor allem Chancen und Gefahren für freie Meinungsbildung und demokratische Prozesse.

Politik kann bei Gefährdung freier Meinungsbildung nicht abseits stehen

Die Macht der im Internet stattfindenden Meinungsbildung sei heute enorm, erklärte Bundesratspräsident Edgar Mayer in seiner Eröffnungsrede zum Symposium. Beunruhigend daran sei, dass diese Meinungsbildung dort auch gelenkt oder manipuliert werden kann, sei es durch Fake News oder automatisierte Postings. Das werfe ernste Fragen für die Demokratie auf. Die Lösung

dieser Probleme sei daher letztendlich auch eine Überlebensfrage für unsere Demokratie.

Nach Meinung mancher ExpertInnen sei man bereits mitten in einem Informationskrieg. Hier können Politik und Gesellschaft nicht teilnahmslos abseits stehen. Vielmehr gelte es, aktiv einzugreifen, damit nicht am Ende die Demokratie als erstes Opfer des Informationskrieges zu betrauern sei, sagte Mayer. Der österreichische Bundesrat habe sich dieser wichtigen Aufgabe abseits von ideologischen oder parteiischen Interessen angenommen und auch die Öffentlichkeit eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Mayer freute sich besonders darüber, dass der Nachweis gelungen sei, dass unter Einbindung der Öffentlichkeit auch hochwertige Diskussionen möglich sind. Ein gelenkter Umgang mit der Digitalisierung sei ein wichtiger Schritt für die Zukunft. Hier gehe es um die Erhaltung von Meinungsfreiheit, Transparenz und Fairness und damit um einen Schritt zur Erhaltung der Demokratie.

Mahrer: Digitale Demokratie braucht Datensouveränität

Wissenschaftsminister **Harald Mahrer** hob ausdrücklich das Engagement des Bundesrates hervor, wenn es darum gehe, Debatten über gesellschaftlich relevante Themen anzustoßen. Die Frage, was die Digitalisierung für die Demokratien bedeute, sei ein wichtiges Zukunftsthema. Die technologische Entwicklung erlaube einerseits die Ausweitung partizipatorischer Prozesse. Andererseits sei das kein Automatismus, sondern immer davon abhängig, wie Menschen mit den neuen digitalen Technologien

umgehen. Eine der Debatten, die laut Mahrer viel intensiver geführt werden müsse, betrifft die Datensouveränität der BürgerInnen. Jede und jeder gebe im Internet ständig Daten von sich preis, die von Unternehmen gespeichert und ausgewertet werden. Die Diskussion darüber, wer welche Daten über wen sammelt und was damit geschieht, stelle daher eine große gesellschaftspolitische Herausforderung dar, sagte der Wissenschaftsminister. Sie berühre auch die Debatte über notwendige Erweiterungen des Grundrechtekatalogs. Mahrer rief zu einem offenen Diskurs über den digitalen Wandel auf, in den möglichst viele gesellschaftliche Gruppen, wie etwa AkteurInnen aus den sozialen Netzwerken aber auch aus Kunst und Kultur einbezogen werden sollten.

Veit Dengler: Neue Medien führen zu neuer Informationsunsicherheit

Medienexperte **Veit Dengler** verglich die gesellschaftlichen Auswirkungen des Internets mit der Kommunikationskrise, die der Buchdruck im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts auslöste. Auch heute entstehe durch eine vorhin unbekannte Fülle an verfügbaren Informationen, die sich gleichzeitig der Überprüfbarkeit entziehen, Informationsunsicherheit und eine „Derealisierung“ des politischen Diskurses. Das erzeuge einen vorübergehenden „kollektiven Schwindelanfall“, wie Dengler es formulierte. Früher hätten sich über lange Zeiträume bestimmte Regeln für den Umgang mit Informationen herausgebildet. Das Internet habe diese teilweise wieder außer Kraft gesetzt. Angesichts der gleichzeitig enorm gestiegenen



Bundesminister Harald Mahrer
Fotos © Parlamentsdirektion/Raimund Appel



Veit Dengler



Möglichkeiten zur Überwachung und Manipulation der WählerInnen könne man sich jedoch nicht darauf verlassen, dass das System sich wieder von selbst einpendele. Dengler sah die Gefahr, dass sich die Menschen einer neuen Tyrannei freiwillig unterwerfen. Gefordert seien daher Medienkompetenz und ein neues System der Machtverteilung und Machtkontrolle.

Paul Murschetz: Medienförderung bleibt wichtige demokratiepolitische Aufgabe des Staates

Paul Murschetz vom Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt ging unter dem Gesichtspunkt der Medienökonomie der Frage nach, was eine effektive staatliche Medienförderung leisten soll und kann. Sie müsse dort ansetzen, wo Marktmechanismen allein meist nicht greifen, um ein ausreichend differenziertes Medienangebot zu sichern, erklärte er. Medienförderung stelle damit eine eminente demokratie- und kulturpolitische Aufgabe und auch Verpflichtung des Staates dar, bei der es darum gehe, Medien- und Meinungsvielfalt und ein qualitativ anspruchsvolles Medienangebot zu stärken. Der digitale Wandel stelle jedoch auch den Medienmarkt vor völlig neue Herausforderungen. Kritisch bewertete Murschetz in diesem Zusammenhang das derzeitige Fördermodell in Österreich, das aus seiner Sicht nicht ausreiche, um ein effektives, faires und innovatives Medienökosystem sicherzustellen. Der österreichische Medienmarkt tendiere traditionell zu Oligopolen. Hier sei die Politik gefordert, auch

eine grundsätzliche Neustrukturierung zu fördern. Moderne Medienförderung müsse daher über reine Presseförderung hinausgehen und auch digitale Medien einbeziehen. So sollten beispielsweise BloggerInnen, unabhängige Medienprojekte oder partizipative BürgerInnenmedien unterstützt werden, um demokratiepolitisch wichtige Diskurse zu fördern.

Wolf Schünemann: Soziale Medien verändern Wahlkämpfe

Wolf Schünemann von der Universität Hildesheim beleuchtete die Rolle von sozialen Medien in Wahlkampagnen. Welche Ausmaße der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit angenommen hat und welche neuen Mobilisierungsmöglichkeiten er bietet, habe sich bei Protestbewegungen und politischen Kampagnen schon vielfach gezeigt. Schünemann verwies auch darauf, dass gegenüber früheren hochgesteckten Erwartungen derzeit zunehmend die Zweifel an der Qualität der politischen Beteiligung und Auseinandersetzung via Internet in den Vordergrund getreten sind. Derzeit erfolge eine Neubewertung der Onlinekommunikation und ihrer Vor- und Nachteile, welche laut Schünemann eine ungefilterte Onlinekommunikation tendenziell infrage stelle. Er warnte in diesem Zusammenhang vor Hysterie und einer Überbewertung des Einflusses von Fake News oder Social Bots. Die Politik sollte aber sehr wohl ordnend eingreifen und den BetreiberInnen der Social Media Vorgaben machen, die zu einem echten Wettbewerb führen.



Paul Murschetz



Wolf Schünemann

Myriam Dunn Cavelty: Cybersicherheit muss auch Schutz der freien Meinungsbildung sein

Myriam Dunn Cavelty, vom Center for Security Studies an der ETH Zürich befasste sich unter dem Titel „Die Wahrheit stirbt zuerst“ mit moderner Informationskriegsführung und den Gefahren der Verbreitung von Desinformationen. Cybersicherheit sei lange Zeit nur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung von sensiblen Infrastrukturen vor Cyberattacken betrachtet worden. Erst in jüngster Zeit wurde man auf die Gefahr aufmerksam, dass staatliche Apparate auch versuchen können, die freie Meinungsbildung nicht nur in der eigenen Gesellschaft, sondern auch in anderen Ländern zu manipulieren. Diesen Aspekt müsse eine wirksame staatliche Cybersicherheitsstrategie beachten. Notwendig sei nicht nur ein sorgfältiger Umgang mit kritischen Daten und ein höheres Bewusstsein für Datensicherheit. Erforderlich seien auch Strategien zur Abwehr von Desinformationen, mit denen AkteurInnen von außen versuchten, demokratische Prozesse und freie Meinungsbildung zu behindern.

Christian Swertz: Medienerziehung muss gesetzlich verankert werden

Die Erziehung des demokratischen Souveräns als zentrale Aufgabe der Medienbildung stellte **Christian Swertz** vom Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Das Internet eröffne Chancen der Partizipation und der persönlichen Entfaltung, damit Menschen ihren Platz in der Gesellschaft gestal-

ten und letztlich ihre Aufgabe als Souverän eines demokratischen Staates wahrnehmen zu können. Für Swertz ergaben sich daher einige Empfehlungen an den Gesetzgeber. Mit Änderungen bestehender Gesetze wäre es seiner Ansicht nach möglich, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit pädagogische Institutionen die wichtige Aufgabe der Medienbildung mit digitalen Medien betreiben können. Das betreffe Kindergärten und Schulen ebenso wie Jugendarbeit und Erwachsenen- und Elternbildung. Wichtig sei es auch, Medienpädagogik auf universitärer Ebene zu verankern.

Im Anschluss standen Expertenvorträge über E-Voting, E-Government, Transparenz und Partizipation auf dem Programm. Wesentliche Diskussionspunkte bei der darauf folgenden abschließenden Diskussion waren für die rund 80 TeilnehmerInnen aus Politik und Interessenvertretung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft etwa das E-Voting, aber auch Partizipationsprozesse, das Thema Fake News und Kontrollsysteme sowie Klarnamenpflicht und Bildungsfragen. Neben Universitäten der unterschiedlichen Fachrichtungen und VertreterInnen aus dem E- und IT-Bereich waren etwa auch Sozialpartner, ehemalige und aktive PolitikerInnen der Landes- und Bundesebene samt BundesrätInnen und Nationalratsabgeordneten vor Ort.

E-Voting: Nutzenabwägung einerseits, Zweifel an Umsetzbarkeit andererseits

Erich Neuwirth, Professor der Fakultät für Informatik der Universität Wien, referierte seinen Standpunkt zu



Myriam Dunn Cavelty
Fotos © Parlamentsdirektion/Raimund Appel



Christian Swertz

„E-Voting: Nutzen und Gefahren“. Konkret zeigte er sich skeptisch bei der Frage nach Belegbarkeit der korrekten Stimmabgabe. Aus seiner Sicht sei es auch schwierig, beim E-Voting etwa die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes zu erfüllen, theoretische Manipulationsmöglichkeiten auszuschließen. Außerdem seien die Einhaltung der Grundprinzipien der geheimen und anonymen Wahl, ebenso wie der für E-Voting erforderliche technische Wissensstand aller BürgerInnen ad hoc nur schwer realisierbar. Neuwirth schloss nicht aus, dass Internetwahlen auch in Österreich in Zukunft in Frage kommen. Diese derzeit einzusetzen hielt er allerdings für gefährlich und verwies auf die große Herausforderung, dass Wahldaten einerseits verifizierbar sein müssten, andererseits die Anonymität zu garantieren sei. Dem schlossen sich auch DiskussionsteilnehmerInnen wie etwa Bundesrat Reinhard Todt an. Auch, dass der Gang zur Wahlurne an sich ein symbolischer Akt sei und dieser nicht zu einem „voting alone“ vor dem PC werden dürfe, wurde in der Diskussion angesprochen.

Digitalisierung als Chance für mehr Transparenz und BürgerInnenbeteiligung

Auf die Möglichkeiten zu OnlinebürgerInnenbeteiligungen ging **Andreas Kovar**, geschäftsführender Gesellschafter der Kovar & Partners GmbH, ein. Als wichtigste Vorteile von gesteigerter E-Partizipation erachtete er, dass es zu einem deutlichen Anstieg in der Akzeptanz von Entscheidungen komme, wenn BürgerInnen mitentscheiden können, kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden könne

und die Politik nicht nur mit WissenschaftlerInnen und InteressenvertreterInnen, sondern auch direkt mit Betroffenen in Austausch treten könne. Kovar konstatierte, dass Informationen bei politischen Diskussionen derzeit nicht in ausreichendem Maß ausgetauscht werden, was allerdings weniger an den fehlenden Instrumenten liege, als vielmehr an einem noch nicht gelernten Umgehen mit den digitalen Optionen. Für den Parlamentarismus sah er vonseiten der Geschäftsordnung keine Behinderung, informelle in formelle Vorgänge zu integrieren. Daher gelte es, Prozedere zu entwickeln, um die Digitalisierung, die in der Zivilgesellschaft schon vorangeschritten ist, auch in der Politik zu nutzen. Dadurch könne Österreich im internationalen Vergleich einen Standortvorteil erlangen.

Fehlen nachhaltiger Onlinebeteiligungsprozesse

Auch für **Ursula Seethaler**, Vorstandsvorsitzende von Liquid Participation, fehlte es an nachhaltigen Onlinebeteiligungsprozessen. Sie unterschied in ihrem Vortrag Top-down- und Bottom-up-Strategien. Bei den Top-down-Strategien erkannte sie in Österreich bereits Fortschritte, allerdings vermisste sie genaue Definitionen von Zielsetzungen, die verfolgt werden sollen. Bei Bottom-up-Strategien müsse vor allem darauf geachtet werden, dass Tools verwendet werden, die an die jeweiligen E-Partizipationsformate angepasst werden können. Derzeit gebe es eine vielfältige Auswahl an technischen Tools für beispielsweise NGOs oder Gemeinden, wodurch die



Erich Neuwirth



Andreas Kovar

Experimentierfreudigkeit der jeweiligen Institution ausschlaggebend für die Auswahl der Anwendungen sei. Hier einen klaren Kriterienkatalog festzulegen, würde auch ein wichtiger Impulsgeber für ProgrammentwicklerInnen sein. Die Politik sei daher gefordert, klare Standards dafür aufzustellen, was Gemeinden oder Zivilgesellschaft benötigen, um nachhaltige Onlinebeteiligungsprozesse zu schaffen.

Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten zur Transparenz

Digitalisierung würde neue Möglichkeiten zur Transparenz schaffen, sagte **Robert Harm** von open3, dem Verein zur Förderung von openSociety, openGovernment und openData. Informationstransparenz sei ein wichtiger Faktor, um das Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken. Daten seien ein wichtiges Gut, von dem mehr benötigt würde, schließlich sei Information auch ein öffentliches Gut, unterstrich er und plädierte daher für Open Government Data, wonach eine proaktive Informationsfreigabe durch den Staat umgesetzt werden solle. Lediglich wenn dadurch Privatsphäre und Sicherheit bedroht werden, dürfe Information zurückgehalten werden. Hierzu wäre ein Informationsfreiheitsgesetz nötig, das Regelungen für Informationen festlege, wenn diese nicht veröffentlicht werden dürfen.

Digitale Spaltung muss überwunden werden

Für Liquid Democracy trat **Moritz Ritter**, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Vereins

Liquid Democracy, ein. Die „digitale Spaltung“, wonach die Medienkompetenz von Einkommen und Bildungsgrad abhängt, müsse durch bildungspolitische Maßnahmen aufgehoben werden. Außerdem fehle es Parteien und Parlamenten an Mut, digitale Plattformen nicht mehr nur als reine Distributionsmedien zu verstehen. Nicht zuletzt brauche es verbindliche Verfahren zur digitalen Beteiligung, um eine dynamische Demokratie zu schaffen.

Digitale Gesellschaftsprozesse: Effektivierung und Einbindung von NutzerInnen

„App statt Amt?“, fragte **Maximilian Schnödl**, Chief Operating Officer von Accela und Aufsichtsrat im Bundesrechenzentrum, in seinem Vortrag. Er plädierte für digitale Transformation von Behördenwegen, wodurch eine deutliche Effektivierung dieser Prozesse entstehen würde. Beispiele aus den USA oder Dubai würden zeigen, dass eine solche Transformation von vielen Behördenwegen hin zu einer Erledigung im Internet vollzogen werden könne. Für Österreich ortete er Nachbesserungsbedarf in verschiedenen Punkten. Bei Standortfragen wie bei Betriebsgründungen, Baubewilligungen und Steuererklärungen hinkte Österreich im internationalen Vergleich noch hinterher. Bei BürgerInnenservices war Österreich mit der Plattform help.gv.at lange Spitzenreiter im internationalen Vergleich, habe hier aber den Anschluss verpasst und müsse sich auf eine Weiterentwicklung konzentrieren. Generell gelte es auch, Innovationen im Hinblick auf digitale Transformation verstärkt zu



Ursula Seethaler



Robert Harm



Bundesratspräsident Edgar Mayer und Bundesminister Harald Mahrer im Gespräch Fotos © Parlamentsdirektion/Raimund Appel

fördern. Außerdem biete die Digitalisierung Chancen für die öffentliche Hand, effizientere Services anzubieten und die Organisation zu verbessern.

Ulrike Huemer, Chief Information Officer der Stadt Wien, kritisierte, dass Gesellschaftsprozesse der öffentlichen Hand bisher meist nur direkt in die digi-



Moritz Ritter

tale Welt übertragen würden, anstatt sie zu analysieren und in Hinblick auf die Digitalisierung weiterzuentwickeln. Man könne hier bei Usability und der Einbindung von UserInnen viel von kommerziellen Plattformen lernen. Die öffentliche Verwaltung habe zwar keine Konkurrenz zu befürchten, müsse aber auch in der digitalen Entwicklung handlungsfähig bleiben sowie Prozesse einfacher machen. Dabei müssten die Innovationskraft und Bedürfnisse von BürgerInnen berücksichtigt werden. Wichtig sei aber, dass Datenschutz und Freiwilligkeit der Angebote stets bewahrt blieben, um das Vertrauen in öffentliche Instanzen zu erhalten.

Abschließende Diskussion

Neben dem E-Voting wurden in der abschließenden Diskussion etwa auch Partizipationsprozesse, das Thema Fake News und Kontrollsysteme sowie eine Klarnamenpflicht und Bildungsfragen thematisiert. Partizipation brauche unterschiedlichste Formen und jedenfalls Verbindlichkeit, meinte etwa Bundesrat Stefan Schennach. Ein drängendes Thema sei hinsichtlich Fake News auch die Frage, wohin sich der Wert von politischem Inhalt entwickle und welche Rolle das Parlament der Zukunft dabei haben werde. Bundesrat Martin Preiner plädierte für Verantwortung beim Publizieren im Netz. Hier seien etwa Kontrollsysteme und Kennzeichnungsmaßnahmen zu überlegen, um feststellen zu können, woher falsche News kommen. Offene Daten werden gebraucht, so Preiner, in der Balance zwischen dem gläsernen Staat und den gläsernen BürgerInnen sei allerdings auf die Schnittstellen zu achten.

Eine etwaige Klarnamenpflicht wurde kontrovers gesehen. Gegen Argumente, wie etwa steigendes Niveau, seien auch Gründe zu beachten, warum es in manchen Situationen auch Anonymität im Netz geben müsse, hieß es in der Debatte. Zum Thema Ausbildung kam einerseits die Anmerkung, dass die sogenannten „Digital Natives“ meist schlicht UserInnen seien und sich nicht mit Technikfolgen auseinandersetzen. Auf der Seite von InformatikerInnen wurde eine Art „Eid des Hippokrates“ für ProgrammiererInnen vorgeschlagen, damit nicht ohne Reflexion Geschäftsideen in die Welt gesetzt würden. Diskutiert wurde etwa auch, Demokratie „als Suchmaschine“ zu denken, im Sinne moderner, interaktiver Formen der Partizipation. Demgegenüber wurde eine Entwicklung Richtung Unmündigkeit befürchtet.

Enquete zum Thema Die Zukunft der Europäischen Union

Unter Beteiligung namhafter, hochrangiger Politikerinnen und Politiker der unterschiedlichsten Ebenen sowie Expertinnen und Experten befasste sich der Bundesrat im November 2017 in einer Enquete mit der zukünftigen Entwicklung der EU aus der Sicht der Länder und Regionen.



Enquete zum Thema „Die Zukunft der EU – aus Sicht der Bundesländer und Regionen“ im Großen Redoutensaal in der Hofburg © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Im November 2017 lud Bundesratspräsident Edgar Mayer zu einer hochrangig besetzten Enquete zum Thema „Die Zukunft der EU – aus Sicht der Bundesländer und Regionen“ in den Großen Redoutensaal in der Hofburg. Dabei gaben EU-Kommissar Johannes Hahn, der Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz sowie die Landtagspräsidenten Hans Penz (NÖ), Christian Illedits (Bgld), Viktor Sigl (OÖ) und Harald Sonderegger (VlbG) Impulse zu den Themengebieten. Inhaltliche Vertiefungen kamen zudem von den Vertretungen der EU-Kommission und

des EU-Parlaments in Wien, vom Außenministerium und von Peter Bußjäger (Institut für Föderalismus, Universität Innsbruck). Den Abschluss bildete eine Diskussion mit GemeinderätInnen zur Zukunft der EU und zu Erfahrungen aus der Praxis.

Bürgergerechte, bürgernahe und dezentrale EU unter Einbeziehung der Länder und Gemeinden

Bundesratspräsident Edgar Mayer unterstrich die Notwendigkeit, „dem Nationalismus einen vernünftigen Regionalismus entgegenzusetzen“.

Nationalistischen Strömungen sollte man mit den Prinzipien Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit entgegentreten. Zielsetzung dieser Parlamentarischen Enquete sei es daher, eine Debatte über die Zukunft Europas anhand konkreter Politikbereiche zu führen, so Mayer. „Wer Zentralismus sät, wird Separatismus ernten!“, zitierte Mayer Salzburgs ehemaligen Landeshauptmann Franz Schausberger und wies auf den jüngsten Konflikt zwischen Katalonien und der spanischen Zentralregierung hin. Deshalb wolle man sich mit dem Regionalismus auseinandersetzen. Dabei sollte die Frage im Vordergrund stehen, in welchen Politikbereichen ein Handeln der EU erforderlich ist und welche Kompetenzbereiche besser auf Ebene der Nationalstaaten, der Regionen und der Kommunen behandelt werden können. Als ein Best-Practice-Beispiel nannte der Bundesratspräsident in diesem Zusammenhang die Arbeit des EU-Ausschusses des Bundesrates. In diesem führe man einen konstruktiven und kritischen Dialog zwischen den Fraktionen hinsichtlich EU-Themen. Ebenso gut funktioniere die Zusammenarbeit des Ausschusses mit den Bundesländern.

Hahn: Für eine gestärkte und starke EU

Laut EU-Kommissar Johannes Hahn müsse sich die EU international stark positionieren: „Das Standing Europas werde in den nächsten zehn bis 20 Jahren global gesehen nicht mehr dasselbe sein. Andere Länder holten wirtschaftlich und politisch gesehen auf“, sagte der Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen in seinem Statement. Es gelte, den gegenwärtigen Einfluss Europas, „dieses Zeitfenster“, zu nutzen, um internationale Kooperationen und Vereinbarungen wie Freihandelsabkommen nach eigenen Standards und Vorstellungen abzuschließen. Noch sei Europa mit einem Viertel der globalen Wirtschaftsleistung ein wichtiger weltwirtschaftlicher Player.

In der Außen- und Sicherheitspolitik brauche es dem Kommissar zufolge andere und schnellere Formen der Entscheidungsfindung. Konkret bemängelte Hahn etwa das Einstimmigkeitsprinzip unter den 28 Mitgliedstaaten. Das bedeute für die Union nur ein reaktives Agieren. Laut den Angaben des Kommissars gibt es rund um Europa zirka 20 bis 25 Millionen Flüchtlinge oder Binnenflüchtlinge. Dahin gehend sei Europa ebenfalls gefordert, Krisengebiete im Rahmen der Nachbarschaftspolitik zu stabilisieren.

Lambertz: Regionale Konflikte sind nicht mit dem Strafrecht zu lösen

Mit Blick auf die Situation in Katalonien meinte der Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz, dass die Zukunft der Europäischen Union nicht darin liegen könne, jede der 300 europä-



EU-Kommissar Johannes Hahn
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

ischen Regionen als einzelne Staaten anzuerkennen. Unzufriedenheiten mit Autonomiestatuten müssten im Dialog zu einem Kompromiss gebracht werden. Konflikte wie in Spanien dürften zudem nicht mit dem Strafrecht oder der Polizei gelöst werden. Katalonien sei auch eine Sache Europas, so Lambertz.

Für Lambertz ist die Zukunft Europas mit einem intensiveren Dialog mit den EuropäerInnen verbunden. Als positive Kraft sieht er dabei regionale Behörden und Verantwortliche von Gebietskörperschaften, die in der Bevölkerung gegenüber nationalen oder europäischen VerantwortungsträgerInnen größeres Vertrauen genießen würden. „Die Stimme der Städte und Regionen müsse mehr gehört werden“, plädierte Lambertz. Unverzichtbar ist für den AdR-Präsidenten neben der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zudem ein Ausbau der Kohäsionspolitik in der Union.



Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Präsident des Niederösterreichischen Landtages Hans Penz
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Die Enquete des Bundesrates setzte ihre Beratungen mit den Stellungnahmen der Präsidenten der Landtage von Niederösterreich, dem Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg fort, wobei vor allem das Subsidiaritätsprinzip im Mittelpunkt stand. Einig waren sich die Vortragenden, dass es starke Regionen brauche, weil Reformen nicht von oben verordnet werden könnten.

Hans Penz: Gelebte Subsidiarität statt europäischer Superstaat

Der niederösterreichische Landtagspräsident Hans Penz bedauerte, dass Europa in den letzten Jahren „zu einem geschundenen Wort geworden“ sei, „zu einem Synonym für Krise“. Auch wenn es durchaus berechtigte Kritik gebe, so sei er sicher, dass die BürgerInnen grundsätzlich Europa wollen. Sie wollen aber ein anderes – eines, das sozial, solidarisch, human und bürgerlich ist. Penz hielt es daher für sehr wichtig, dass sich die Regionen intensiv in die Diskussion über die Zukunft der EU einbringen, da sie nahe an den Menschen dran sind. Im Hinblick auf den Rechtssetzungsprozess gebe es konkrete Forderungen vonseiten der Regionen, wie etwa die Verlängerung der Frist für die Subsidiaritätsprüfung von acht auf zwölf Wochen oder die Einführung einer „roten Karte“, wenn eine Mehrheit der Parlamente eine Subsidiaritätsrüge erteilt.

Der Vorsitzende der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz war überzeugt davon, dass die von den Regionen eingebrachten Vorschläge und Anregungen nunmehr auch das entsprechende Gehör finden und dass die Kommission den Mehrwert eines stetigen Dialogs zu schätzen weiß. Was aus Sicht der Landesparlamente jedenfalls von besonderer Bedeutung ist, sei die strikte Wahrung eines lebendi-

gen Subsidiaritätsprinzips. Dies bedeute, dass darauf Bedacht zu nehmen ist, dass Regelungen auf europäischer Ebene erst dann geschaffen werden, wenn durch sie ein substantieller Mehrwert für Europa insgesamt, die Mitgliedstaaten und die Regionen sowie für die BürgerInnen zu erwarten sei. Bestünden Zweifel darüber, auf welcher Ebene eine Regelung anzusiedeln ist, dann solle der föderalen beziehungsweise subsidiären Kompetenzzuordnung der Vorzug gegeben werden. Der Grundsatz der Subsidiarität gelte aber auch für die innerstaatliche Aufgabenzuteilung. „Nicht alles, was zentral ist, ist billiger, nicht alles, was zentral ist, ist effizienter“.

Penz sprach sich dagegen aus, dass aus der Europäischen Union ein „Superstaat“ mit den damit einhergehenden Bürokratiemonstern und Kompetenzirrunge wird. Europa ist seiner Meinung nach eine „Concordantia Discordantium“, ein Werk, das ganz Verschiedenes, auch Widersprüchliches zur Übereinstimmung bringt. Ein großes Haus mit vielen Räumen, vielen Türen, vielen Kulturen und vielen Arten von Menschen. Dieses Haus sei die Heimat Europas, bekräftigte er abschließend.

Illedits: Regionen wollen faire und sozial gerechte Union

Der Austausch und die Vernetzung zwischen den einzelnen Städten und Regionen in Europa, also den kleinsten Einheiten, ist für den Erfolg der Union von zentraler Bedeutung, betonte auch der burgenländische Landtagspräsident Christian Illedits. „Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet“, lautet der Leitspruch des Informatikers Alan Kay. Diese Maxime solle auch für die Länder und Regionen gelten, wenn es um die Frage der Neuausrichtung der EU geht.



Präsident des Burgenländischen Landtages Christian Illedits
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Präsident des Oberösterreichischen Landtages Viktor Sigl
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Ebenso wie Kommissionspräsident Juncker war Illedits der Meinung, dass es an der Zeit sei, ein neues europäisches Kapitel aufzuschlagen. Gleichzeitig warnte er jedoch davor, dass sich Europa nur mehr auf einige ausgewählte Politikbereiche konzentriert. Würde man nämlich etwa die Regionalpolitik schwächen, so entziehe man jenen Staaten, die im europäischen Wirtschaftsvergleich ohnehin schlecht abschneiden, die Entwicklungshilfe. Bereits jetzt sei man im Burgenland mit einer starken Zunahme an entsendeten Arbeitskräften sowie mit dem Problem der Scheinselbständigkeiten konfrontiert, zeigte er auf. Aus diesem Grund sprechen sich auch die Länder für eine europäische Sozialpolitik, die unter anderem eine gemeinsame Arbeitsmarktbehörde vorsieht, aus. Vehement verwahrte sich Illedits gegen das Prinzip des Rosinenpickens, das einzelne Mitgliedstaaten praktizieren. In den Mittelpunkt des Diskurses über die Neuausrichtung der EU müsse daher auch die Frage der Gerechtigkeit gestellt werden. Zu all diesen Fragen würden die Städte und Regionen ihren Beitrag leisten, damit ihre Stimme unmissverständlich gehört werde.

Sigl informiert über oberösterreichisches Subsidiaritätsprüfungsverfahren

Auch das Land Oberösterreich begrüße den Diskussionsprozess, den die Europäische Kommission durch die Vorlage des „Weißbuchs zur Zukunft Europas“ eingeleitet hat, und die zahlreichen teils grenzüberschreitenden Bestrebungen, sich in diese so wichtige Debatte einzubringen, erklärte Viktor Sigl. Der Oberösterreichische Landtag habe eine eigene Position zum Weißbuch vorgelegt, in der es um strukturelle Fragen sowie die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen geht. Generell halte man wenig von einer Festlegung auf ein einziges Modell,

führte Sigl aus. Aus der Sicht Oberösterreichs sei es vielmehr zielführender, bestimmte Orientierungspunkte zu formulieren. So sei man etwa überzeugt davon, dass die Lösung der Zukunftsfrage der EU letztlich nur in einer Differenzierung liegen könne – in einer konsequenten Abwägung, wo mehr und wo weniger Tätigkeiten der Union erfolgen sollen. Das Subsidiaritätsprinzip sei der zentrale Schlüssel und müsse in den Mittelpunkt eines Zukunftsszenarios der Europäischen Union gestellt werden. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass eine solche „Multi-Level Governance“ tatsächlich eingehalten und kontrolliert werde.

Sigl informierte darüber, dass der oberösterreichische Landtag vor drei Jahren ein eigenes Subsidiaritätsprüfungssystem eingeführt hat. Die Abgeordneten haben damit ein wichtiges Instrument in der Hand, um konkrete oberösterreichische Interessen im Rahmen der EU-Politik zu identifizieren und zu kommunizieren. Gegenstand der Prüfungen ist ein streng formaler Ansatz, nämlich die Frage, ob die Union bei ihren Rechtssetzungsvorhaben das Prinzip der Subsidiarität einhält. „Inhaltliche, quasi politische Positionen“ werden in den Stellungnahmen tunlichst vermieden, was dazu führt, dass fast alle Prüfungsergebnisse im EU-Ausschuss einstimmig beschlossen werden. Auch wenn damit nur ein kleiner Beitrag geleistet werden könne, sei er überzeugt davon, dass jede einzelne Stimme im Gesamtgefüge Europas wichtig ist. Denn Subsidiarität sei das Bindemittel in einer Union, die Gefahr laufe, brüchig zu werden.

Sonderegger wünscht sich einen ehrlichen und transparenten Revisionsprozess für Europa

Der Vorarlberger Landtagspräsident Harald Sonderegger hielt es für dringend notwendig, über eine Neuausrichtung der Europäischen Union zu dis-



Präsident des Vorarlberger Landtages Harald Sonderegger
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz am RednerInnenpult © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

kutieren. Gerade in jüngster Zeit seien Ereignisse und Stimmungen zutage getreten (zum Beispiel Brexit), die an den Grundfesten der EU rüttelten und die Union als Ganzes oder in Teilen in Frage stellten. „60 Jahre nach den Römischen Verträgen soll und muss so manches in der EU sozusagen im Sinne einer altersbedingten Revision nachjustiert werden, wenn wir all die Dinge, die uns wichtig sind, bewahren wollen“, betonte Sonderegger. Es sei gut, dass dieser Prozess aus dem „Inneren“ der EU heraus initiiert wurde, bevor ein nicht mehr steuerbarer Erneuerungsdruck von anderer Seite in nicht mehr kanalisierbare, unterschiedliche Richtungen seinen Lauf genommen hätte. Die EU brauche einen Modernisierungsprozess, sie müsse unmittelbarer, klarer und subsidiärer werden, ohne die Grundideen und Grundfreiheiten der Wirtschafts- und Währungsunion infrage zu stellen oder aufzugeben, konstatierte Sonderegger. Die Handlungsfähigkeit der EU müsse verbessert werden und das Vertrauen der BürgerInnen in die Gestaltungskraft der EU (wieder)hergestellt werden. Auch wenn es seitens der Länder keine eindeutige Präferenz für ein Szenario gebe, so wünsche er sich, dass das Prinzip „das Richtige effizienter tun“ umgesetzt werde. Dabei müsse vor allem die zentrale Frage beantwortet werden, in welchen Politikfeldern ein Mehr oder ein Weniger an EU richtig sei.

Die Erneuerung beziehungsweise Weiterentwicklung der EU werde jedoch nicht gelingen, wenn einzelne nationale Interessen in den Vordergrund gestellt

und wenn nur kosmetische „Reförmchen“ umgesetzt werden, gab er zu bedenken. Es müssten nachvollziehbare Antworten auf die Fragen und Nöte der Menschen gegeben werden. Es sei daher notwendig, sich ehrlich in den inhaltlichen Prozess einzulassen und den Subsidiaritätsgedanken in den Vordergrund zu stellen. Diese Sichtweise werde es ermöglichen, gute Kompromisse zu finden, die nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegeln, sondern die ein Bild von Europa zeichnen, das nahe an den BürgerInnen ist.

Debatte: Mehr Nähe zu BürgerInnen und weniger Bürokratie

In der daran anschließenden kurzen Diskussion wies die freiheitliche Europaabgeordnete Barbara Kappel darauf hin, dass der österreichische Bundesrat als „Best-Practice-Beispiel“ für die Subsidiaritätsprüfung ausgezeichnet wurde. Europa stehe aktuell vor sehr großen Herausforderungen; diese könnten nur gemeinsam gelöst werden. Die Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament Monika Vana sah einen tiefgreifenden Reformbedarf in der EU. Dies betreffe auch die Strukturfonds, die transparenter und unbürokratischer werden müssten. Außerdem trat sie für eine Stärkung der Kohäsionspolitik ein, die ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut darstellte. Aus Sicht der Wirtschaftskammer sollte sich die EU auf Maßnahmen mit einem klaren europäischen Mehrwert konzentrie-

ren, erklärte Christian Mandl. Deshalb unterstütze seine Organisation die von Kommissionspräsident Juncker angekündigte Einrichtung einer Taskforce für Subsidiarität. In der Kohäsionspolitik sollten zudem die Themen Innovation, KMU und Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stehen. Die aktuelle Krise in Katalonien zeige, wie wichtig der Dialog ist, unterstrich Nicolaus Drimmel vom Österreichischen Gemeindebund, und dieser fange in den Kommunen an.

Die Zustimmung zu Europa werde dann wieder steigen, wenn sich die EU auf die großen Dinge konzentriere und die kleinen den Ländern und Gemeinden überlasse, urteilte Bundesrat Eduard Köck (V/N). Außerdem wünschte er sich eine Entbürokratisierung bei der Abwicklung der einzelnen Programme. Bundesrätin Nicole Schreyer (G/T) forderte, es müsse alles getan werden, dass die hohen Umwelt- und Sozialstandards der EU in den internationalen Handelsabkommen wie CETA oder TTIP gewahrt bleiben.

Subsidiarität heiße auch, dass die Entscheidungen auf den jeweiligen Ebenen akzeptiert werden müssen und nicht immer alle mitsprechen können, erklärte EU-Kommissar Johannes Hahn. Derzeit dauere etwa ein normaler Gesetzgebungsakt eineinhalb bis zwei Jahre. Da gelte es eine sinnvolle Balance zu finden.

Grundsatzdebatte: Europa weiterentwickeln

Beim Themenblock zum Leitthema der Parlamentarischen Enquete des Bundesrates „Die Zukunft der EU – aus Sicht der Bundesländer und Regionen“ standen sowohl in den Statements als auch in einer anschließenden Diskussionsrunde neben den Partizipationsrechten und der Subsidiarität zahlreiche konkrete Weiterentwicklungsansätze der Europäischen Union im Mittelpunkt. Die Impulsreferate



**Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien
Jörg Wojahn** © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

dazu hielten der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien, Jörg Wojahn, der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Wien, Georg Pfeifer, sowie Alexander Schallenberg vom Außenministerium und Peter Bußjäger vom Institut für Föderalismus der Universität Innsbruck.

Wojahn: Nähe zu den BürgerInnen und Subsidiarität für unterschiedliche Interessenlagen

Der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien, Jörg Wojahn, warf eine Reihe von Fragen auf. Nicht zuletzt durch den Brexit seien alle dazu gezwungen, sich über die Zukunft mit 27 Mitgliedstaaten Gedanken zu machen. Die Nähe zu den BürgerInnen müsse ein Maßstab sein, hier stelle sich aber aufgrund der Unterschiedlichkeit und Interessenslagen die Frage, welcher BürgerInnen im Detail. Am Beispiel Entsenderichtlinie zeigen sich Wojahn zufolge etwa Unterschiede der Ansprüche – und die Aufgabe der Kommission sei nicht nur, nah am abstrakten Bürger oder der abstrakten Bürgerin zu sein, sondern konkret die verschiedenen Interessen zu sehen. Ähnlich verhalte es sich mit der Frage der Subsidiarität und den unterschiedlich gelagerten Interessen der jeweiligen Regionen. So sei bei der Subsidiarität konkret die Frage zu stellen, in welchen Bereichen mehr oder weniger getan werden müsse. Die Schwierigkeit eines Konsens zeige sich etwa an Beispielen wie Landwirtschaft, Verteidigung und Außenhandel.

Der weitere Ausbau der sozialen Dimension sei der Kommission wichtig – diese könne aber nur auf Grundlage der Verträge ausgebaut werden, auch hier gebe es unterschiedliche Sichtweisen der Mitgliedstaaten. Ebenso vielschichtig gestalte sich die Debatte, die Globalisierung zu meistern oder das Thema EU-Finzen, hier stehe 2018 eine Diskussion



Europaabgeordnete Barbara Kappel
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Wien Georg Pfeifer © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

über einen mehrjährigen Finanzrahmen bevor. Zu überlegen wären dabei etwa die Verwaltung der Mittel, Kredite oder Subventionen, andere Finanzinstrumente oder neue Quellen für Eigenmittel.

Pfeifer: Appell, hohe Wahlbeteiligung bei nächster Europawahl anzustreben

Das vereinte Europa als Vermächtnis für künftige Generationen sei nicht selbstverständlich, betonte der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Wien Georg Pfeifer. Er verwies auf drei Entschlüsse des EU-Parlaments in Form von Berichten zur Zukunft Europas: Demnach sollte, wenn es um die Frage der Weiterentwicklungsmöglichkeiten Europas im Rahmen des Lissabonner Vertrags geht, etwa der Ministerrat in eine wirkliche zweite Gesetzgebungskammer umgewandelt werden. Enthalten seien in dem Bericht auch Vorschläge betreffend Struktur der Ratsformationen, zur Auswahl der Kommissar-KandidatInnen und zum Prozedere der Beschlussfassung des Rates. Zudem könnte ein ständiger Rat der VerteidigungsministerInnen eingesetzt werden. Im Zuge einer Vertragsreform stehe darüber hinaus die Schaffung einer EU-Finanzministerin, eines EU-Finanzministers am Plan. Vorgeschlagen würden auch Ansätze für einen einzigen EU-Parlamentsstandort, weiters eine Verringerung der Kommissionsgröße und eine Art Direktwahl der Kommissionspräsidentin, des Kommissionspräsidenten. In einem Bericht zur Stärkung der Eurozone geht es unter anderem darum, einen europäischen Währungsfonds zu errichten, um einen Konvergenzkodex und um eine größere Rolle für die Parlamente zur Steuerung der Eurozone.

Angesprochen werde in den Berichten auch eine Sicherung der Rolle des Ausschusses der Regionen und eine Unterstützung der schwächeren Regionen durch den Grundsatz der Solidarität, sagte Pfeifer. Viele

der Vorschläge würden zwar nicht bis zur nächsten Europawahl umgesetzt werden können, trotzdem appellierte er, in Österreich die Ratspräsidentschaft zu nutzen, um wichtige Aspekte zu erreichen – etwa eine künftige hohe Europawahlbeteiligung.

Schallenberg: Subsidiarität ist ein wesentliches Element

Alexander Schallenberg vom Außenministerium verwies auf den Begriff Krise als meistgebrauchtes Wort im Zusammenhang mit der EU. Jetzt gelte es, eine Zukunftsdebatte zu führen. Es brauche einen Kurswechsel, eine offene Diskussion darüber, wo man stehe und wo man hinwolle, sagte Schallenberg. Der Brexit sei ein Weckruf, der zeige, dass die EU kein Selbstläufer ist. Die Zukunftsdebatte habe bereits begonnen, wichtig sei, dass dieser Prozess ein breiter und transparenter ist und der Fokus auf Kernthemen für praktische Ergebnisse für konkrete Probleme der BürgerInnen liegt. Ganz oben würden dabei die Themen Sicherheit, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Funktionsweise der EU an sich stehen.

Subsidiarität sei ein wesentliches Element, so Schallenberg, es müssten Lösungen präsentiert werden, um das Vertrauen in die EU wiederzugewinnen. Vorschläge wie ein Subsidiaritätspakt oder eine Taskforce seien hier genau die richtigen Signale.

Ergänzend ging Schallenberg auf das Thema europäische Integration ein – hier dürfe es nicht das Gefühl einer Zweiklassengesellschaft innerhalb der Union geben, das sei eine sehr gefährliche Entwicklung. Außerdem sollte die Zukunftsdebatte beziehungsweise auch der Brexit nicht zu einer Nabelschau verkommen, die internationale Verantwortung etwa hinsichtlich Westbalkan sei nicht zu vergessen. Österreich werde sich auch im Hinblick auf den Ratsvorsitz jedenfalls aktiv und konstruktiv in diese Zukunftsdebatte einbringen.



Alexander Schallenberg, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Peter Bußjäger, Institut für Föderalismus, Universität Innsbruck © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Bußjäger: Zukunft für Europa der Regionen gestalten

Föderalismusexperte Peter Bußjäger bezog sich in seinem Referat unter anderem auf die Ereignisse in Katalonien. Für Bundesländer und Regionen müsse es im Rahmen der Zukunft der Europäischen Union darum gehen, Mängel anders als in Spanien zu sanieren. Die Zukunft sollte selbst gestaltet werden, so Bußjäger. Insgesamt habe die EU mit dem Begriff „Europa der Regionen“ ein Schlagwort produziert, das mit der Realität wenig zu tun habe – die Regionen würden nämlich weitgehend ausgeblendet, so seine Kritik. Gründe für diesen enttäuschenden Befund lägen Bußjäger zufolge in Schwächen bei den Mitwirkungsmöglichkeiten am EU-Entscheidungsprozess, etwa über den Ausschuss der Regionen, dessen Position auf die Abgabe einer unverbindlichen Stellungnahme reduziert sei. Bei der Subsidiaritätsprüfung liege die Problematik im Verfahren an sich: Hier zeige die Erfahrung, dass die vorgegebenen Fristen zu knapp sind, zudem würden die meisten Subsidiaritätsbedenken in der Kommission unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus kritisierte der Föderalismusexperte, dass es kaum Judikatur zum Subsidiaritätsprinzip am Europäischen Gerichtshof gibt. Die nationalen Parlamente hätten von ihrem Recht, eine Subsidiaritätsklage anzustreben, bisher keinen Gebrauch gemacht.

Aus Sicht der subnationalen Gebietskörperschaften sei daher bei diesen Rahmenbedingungen anzusetzen, so Bußjäger. Die Länder sollten sich über die verfassungsrechtlich verankerten Partizipationsrechte noch stärker engagieren, Bundesrat wie Nationalrat müssten etwa Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip stärker als solche identifizieren und auch Mittel wie die Subsidiaritätsklage in Erwägung ziehen.

Kernthemen von Subsidiarität bis Sozialstandards und Lohndumping

Im Zuge der Debatte verwies Bundesrat Christoph Längle (F/V) etwa auf Herausforderungen und Probleme an manchen EU-Rändern. Auch beim Brexit werde sich erst zeigen, wie sich die EU mit 27 Staaten verhalten werde. Insgesamt sei vieles zu tun, etwa der EU-Rechnungshof zu reformieren, Steuertransparenz einzuführen und Steuervermeidung mit Gesetzen und Kontrollen entgegenwirken. Die Bedeutung der Subsidiarität könne er nur unterstreichen – im Kleinen sei man direkt an den Problemen und könne besser einwirken. Wenn der Gedanke der Subsidiarität im Vordergrund stehe, werde ein Europa für eine bessere Zukunft gelingen.

Seitens der Bundesarbeitskammer verband Norbert Templ die Frage der Zukunft der EU mit der sozialen Dimension. Für eine Sozialunion brauche es eine breite Debatte und Weichenstellungen mit einer sozialen Neuausrichtung, etwa durch Ausweitung der Sozialstandards und mit Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit seien die Mitgliedstaaten zwar verantwortlich, aber in den Handlungsmöglichkeiten durch EU-Fiskalregeln massiv eingeschränkt, hier brauche es Maßnahmen wie beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer.

Der Präsident des Burgenländischen Landtages, Christian Illedits, pflichtete Templ bei, dass die Maxime gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort lauten müsse. Lohndumping etwa bei Entsendung sei keinesfalls zu tolerieren. Keinesfalls dürfe auch die soziale Säule nach unten revidiert werden. Die Aufgabe müsse sein, für alle ArbeitnehmerInnen in Europa die gleichen Sozialstandards zu schaffen.



Bundesrat Christoph Längle
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Norbert Templ, Bundesarbeitskammer

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

An Peter Bußjäger wandte sich Bundesrat Stefan Schennach (S/W), um dessen Pessimismus zu relativieren. Denn was Subsidiaritätsrügen betreffe, agiere die Länderkammer beispielhaft und die Kommission sei durchaus auch gefolgt. Etwa bei Wettbewerbs- und Konzessionsrichtlinie, Saatgutrichtlinie oder Datenschutzrichtlinie habe der Bundesrat manches bewirkt und in vielen Dingen wirkliche Meilensteine gesetzt.

Der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, meinte, es bleibe viel zu tun, damit Europa auch mit 27 Mitgliedstaaten funktioniere. Ein Reformprozess sei allerdings nur einstimmig möglich, eine solche Restauration gestalte sich immer schwierig. Subsidiarität sei jedenfalls das Kernthema, es gelte, diesen Begriff so konkret wie möglich zu machen. Auch wenn es das starke Instrument der Subsidiaritätsklage gebe, sei zu bedenken, dass eine voreilige Klage auch das Instrument an sich schwächen könnte.

Informationen der EU sollten besser aufbereitet werden, so die Kernbotschaft der Praxisvorträge zur Zukunft der EU, die im Rahmen der Parlamentarischen Enquete des Bundesrates gehalten wurden. In einer Diskussion mit EU-GemeinderätInnen, moderiert von Johannes Huber, berichteten die RednerInnen über das fehlende Verständnis der BürgerInnen von der EU.

Praxis zeigt: EU müsste Informationen einfacher aufbereiten

„Die Leute sähen die Vorteile der EU nicht, da sie zur Normalität geworden sind“, meinte etwa Alois Schmidt, Gemeinderat von den Grünen. BürgerInnen müssten künftig merken, welche Vorteile die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für sie bringt. Dafür bedarf es verständlicher Information. Wichtig sei, dass sich die BürgerInnen als EuropäerInnen fühlen.



Bundesarätin Monika Mühlwerth

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

In die gleiche Kerbe schlug auch der FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Jung. Seitens der EU ortet er totales Schweigen. Die Informationsaufbereitung müsse dringend verbessert werden. Berichte seien inhaltlich zu kompliziert und oftmals nur auf Englisch. Geht es nach Jung, so sollte sich die EU mehr mit bürgernahen Themen beschäftigen.

Die Menschen vergessen die Errungenschaften der EU, erzählte die SPÖ-Rednerin Pia Vinogradova über ihre Erfahrungen als EU-Gemeinderätin. Europa müsse in den Köpfen und Herzen der Menschen ankommen. Dazu sei es notwendig, den Solidaritätsgedanken auszubauen und das Sozialsystem sicherzustellen. Die Informationen von der EU seien inhaltlich gut, meinte sie – jedoch sehr technisch.

Deregulierung ist die Lösung für Harald Witwer, ÖVP-Bürgermeister von Thüringen. „Die EU werde als abstrakt empfunden“, sagte er. In diesem Sinne müsste sich die EU um wesentliche Dinge kümmern, anstatt die Krümmung von Gurken zu regulieren. Aus der Praxis berichtete Witwer über das Gefühl in der Bevölkerung, dass die EU es nicht schaffe, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen. Dennoch entwickle sich die EU nicht schlecht, meinte er. Sie habe aber die Menschen durch die rasche Entwicklung überfordert, daher gehöre das Tempo reduziert, so Witwer.

Mehrwert der EU stärker an BürgerInnen herantragen

Grenzkontrollen zu Deutschland verärgern die BürgerInnen in Salzburg, berichteten Barbara Sieberth vom Salzburger Landtag und Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP-Bundesarätin) in ihren Diskussionsbeiträgen. Wir sind Teil der EU, erinnerte Eder-Gitschthaler und appellierte erneut, die EU auf Gefühlsebene zu bringen. Der Mehrwert müsse bei den BürgerInnen ankommen, merkte der Bundesrat Gerd Krusche (F/T) an. Die heutige Jugend sei mit der Reisefreiheit aufgewachsen,



Landtagsabgeordnete Barbara Sieberth

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

nun dominierten negative Schlagzeilen das Bild der EU. In diesem Zusammenhang drängte er darauf, das Immigrationsthema zu lösen.

Die Vorteile der EU müssten stärker an die BürgerInnen herangetragen werden, schloss sich SPÖ-Bundesrat Günther Novak an. Dazu gehörten unterschiedliche Projekte, so Novak. Beispielsweise gebe es sehr gute Angebote für junge Menschen, die zu mehr Verständnis für die EU beitragen, unterstrich der ÖVP-Politiker Christian Buchmann vom Landtag Steiermark.

Zum Abschluss der Parlamentarischen Enquete des Bundesrates legten seitens der Bundesratsfraktionen Martin Preiner (V/N), Stefan Schennach (S/W), Monika Mühlwerth (F/W) und Heidlinde Reiter (G/S) ihre durchaus kontroversiellen Ansichten zur Zukunft der EU aus Sicht der Bundesländer und Regionen dar. Zur Sprache kamen hier insbesondere die Subsidiaritätsprüfung und die BürgerInnennähe. Einig waren sich die FraktionssprecherInnen hinsichtlich der Bedeutung des Bundesrates, auch im Hinblick auf die Mitwirkung an der EU-Gesetzgebung.

Zukunft der EU – BürgerInnen erreichen

Europa sei in einem unruhigen Zustand, fasste Martin Preiner (V/N) die Ergebnisse der Diskussionen zum Thema Zukunft der EU zusammen. Europa müsse neu gedacht werden, dazu gehöre, die Probleme der BürgerInnen zu lösen. Dies könne durch die Verstärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ebenso geschehen wie durch das Denken als Rechts- und Wertegemeinschaft. In diesem Sinne sollte die EU künftig vermehrt über den Sinn der Gesetze informieren, um größeres Verständnis seitens der BürgerInnen zu erhalten. Subsidiarität dürfe jedenfalls nicht bedeuten, dass unangenehme Aufgaben an andere weitergereicht werden, vielmehr sollen die eigenen Probleme verant-



Bundesrätin Heidlinde Reiter

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

wortungsvoll gelöst, der Dialog mit den BürgerInnen verstärkt werden.

Stefan Schennach (S/W) verwies wie bereits Edgar Mayer zu Beginn der Enquete auf die noch 2017 stattfindende europäische Subsidiaritätskonferenz. Der EU müsse die Souveränität zurückgegeben werden. Gemeinsam an einem Strang zu ziehen sei notwendig, sagte der Bundesrat und erinnerte dabei an die Solidarität, die etwa auch bei der Griechenlandkrise über die EU-Länder hinweg spürbar war. Schennach schloss seine Stellungnahme mit einem Wunsch an die Landtage ab, doch „zeitgerechter“ im gemeinsamen Prozess zu handeln, wobei er aber die gute Zusammenarbeit unterstrich.

Bei aller Kritik gebe es auf Seite der Bevölkerung immer eine Mehrheit für den Verbleib in der Europäischen Union, so Monika Mühlwerth (F/W), die aber gleichzeitig mahnte, dass EU-Politik nicht an der Bevölkerung vorbei stattfinden dürfe. Auf die vorhandene Unzufriedenheit müsse reagiert werden, sagte Mühlwerth. Für die Bundesrätin stand es außer Frage, dass die EU für die äußere und innere Sicherheit in Europa zuständig sei, inhaltlich müsse man mit der betriebenen Politik allerdings wieder näher an die Menschen herankommen.

Wie groß ist das menschliche Maß für BürgerInnen sei, sich zu beteiligen und mitzugestalten, fragte die Salzburger Bundesrätin Heidlinde Reiter (G/S) und verwies auf die aktuelle Situation in Katalonien. Der Einsatz und Kampf, um Unabhängigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen, erstaune sie immer wieder aufs Neue. Bei den Föderalismusdebatten in Österreich zeige sich allerdings eine Ablehnung gegen Tendenzen, die Bundesländer zu entmachten, ihnen Kompetenzen zu entziehen. Man bewege sich in einem stetigen Spannungsfeld, wie Subsidiarität wirklich gelingen könne, wenn parallel globale Kooperationen nötig seien. Für die Zukunft der EU erhoffte sich die grüne Bundesrätin eine stärkere Demokratisierung.

Föderalismus stärkt Identität

Am 1. Juli 2017 übernahm Edgar Mayer turnusgemäß für das Bundesland Vorarlberg den Vorsitz über die Länderkammer. Wenige Tage später präsentierte er im Rahmen seiner Antrittsrede seine politischen Pläne, in deren Zentrum die Digitalisierung und die Zukunft Europas standen.

Der Bundesrat als eine selbstbewusste, aktive, innovative Kammer mit kreativen Ideen, die nahe an den BürgerInnen ist, aber auch als eine in der EU hochgeachtete Europakammer – so will Bundesratspräsident Edgar Mayer die Länderkammer noch stärker im demokratischen Gefüge positionieren. Als weiteren Schwerpunkt hat Mayer die Digitalisierung im Zusammenhang mit der Demokratie gewählt. Das Motto des Vorarlberger Vorsitzes lautet daher auch: „Gemeinsam Perspektiven schaffen“.

Mayer kündigte für den 7. November 2017 eine Enquete an, in der man über die Szenarien des Zukunftsplans von Jean-Claude Juncker diskutieren werde. Als eine Auszeichnung für die Arbeit des EU-Ausschusses sah Mayer die geplante Subsidiaritätskonferenz, die der Ausschuss der Regionen, das Regionalparlament in der EU, am 4. Dezember in Wien abhalten werde. Dazu würden in der Hofburg unter anderen Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und Cecilia Wikström vom europäischen Parlament mit VertreterInnen der europäischen Parlamente und Mitgliedern des Bundesrates Möglichkeiten und Lösungen im Rahmen der Subsidiarität diskutieren und aufzeigen.

Zum Thema der Digitalisierung, womit sich der Bundesrat als erste europäische Kammer befasse, werde es am 4. Oktober ein Hearing geben. Welche Chancen, welche neuen Partizipationsmöglichkeiten, aber auch welche Gefahren der technologische Wandel für die Demokratie mit sich bringe, solle in einem Grünbuch „Digitalisierung und Demokratie“ thematisiert werden.

Klare Absage an zentralistische Tendenzen

In seiner Antrittsrede erteilte Mayer zentralistischen Tendenzen eine klare Absage. Der Föderalismus stärke die Identität der Bundesländer, er sei daher nach wie vor zeitgemäß. „Je föderaler der Staat ist, desto

stärker ist auch die Region“, so Mayer, der in diesem Zusammenhang auf die wirtschaftliche Stärke etwa von Bayern und Baden-Württemberg, aber auch von Schweizer Kantonen hinwies. Mit einer föderalen und subsidiären Herangehensweise sei man näher beim Menschen, näher bei den Problemen und somit näher bei einer Lösung, stellte er fest. Bei zentralistischen und einheitlichen Regelungen beraube man sich einer Stärke, nämlich der Vielfalt, unterschiedliche Lösungsansätze zu finden, gab sich Mayer überzeugt. Ein moderner und dynamischer Föderalismus sei für die Menschen viel einladender, weil sie sich direkt einbringen können.

„Landesgesetze werden derzeit auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den Ländern angepasst, und das soll auch so bleiben.“

Edgar Mayer

Von politischen Ideen, die an der Ländergesetzgebung herumbastelten und diese wie auch den Bundesrat abschaffen wollten, hält Mayer nichts. Wenig Sympathie zeigte er in diesem Sinne auch für einen immer wieder ins Spiel gebrachten Generallandtag. Dieser könnte sogar zu mehr Bürokratie führen, warnte er eindringlich. „Landesgesetze werden derzeit auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den Ländern angepasst, und das soll auch so bleiben“, bekräftigte er. „Arbeiten wir daran, dass die föderalistische Grundstruktur nicht noch weiter ausgehöhlt wird! Dazu soll der Bundesrat, als selbstbewusstes Kammer mit selbstbewussten Abgeordneten entsprechende Signale aussenden“, appellierte der Bundesratspräsident an seine KollegInnen in der Länderkammer.

„Wir sind keine „Abnickerkammer“ für den Nationalrat, sondern eine selbstbewusste parlamentarische Einrichtung, die kreative Ideen hat, die etwas in Gang bringt und umsetzt und die damit nahe an den Problemen und Wünschen der Menschen in den Bundesländern ist.“ Der Bundesrat brauche sich nicht vor Zurufern zu fürchten; vielmehr müsse man am Image einer mahnen- den Stimme der österreichischen Bundesländer, eines geachteten und geschätzten Partners der europäischen Regionen arbeiten.

Europa muss jetzt an seiner gemeinsamen Zukunft arbeiten

Auch die Entwicklung in der EU habe gezeigt, dass Zentralismus die EU schwäche und den Nationalismus in ungeahnter Weise fördere, schlug Mayer eine Brücke zur Europapolitik, auf die er einen weiteren Fokus legen wolle, zumal er auch Vorsitzender des EU-Ausschusses ist. Besonders stolz war er darauf, dass der Ausschuss der Regionen den EU-Ausschuss des Bundesrates als Best-Practice-Beispiel für die Subsidiaritätsprüfung

anführt und der Bundesrat in der EU deshalb auch als „Europakammer“ hoch angesehen sei. Europa müsse aber jetzt an seiner gemeinsamen Zukunft arbeiten, und zwar arbeiten und nicht nur darüber nachdenken, hielt Mayer unmissverständlich fest. Man brauche einen tauglichen Fahrplan für die Zukunft, damit die Glaubwürdigkeit der EU und das Vertrauen in ihre Institutionen schnell wiederhergestellt werden. Mayer begrüßte daher die von der Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und interessierten Mitgliedstaaten in europäischen Städten und Regionen organisierten „Future of Europe Debates“. Die Grundlage dafür bietet der Juncker-Plan, der fünf Szenarien auflistet, wie sich die Union der 27 nach dem Brexit bis 2025 entwickeln könne. Dazu werde es weitere Diskussionspapiere geben, betonte der Bundesratspräsident, welche sich mit den Themenbereichen Entwicklung einer sozialen Dimension der EU, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Profitieren von Globalisierung, Zukunft der europäischen Verteidigung und Zukunft der EU-Finanzen befassten.



Gemeinsam Perspektiven schaffen

Föderale Strukturen sind notwendig

In seiner Grundsatzrede vor dem Bundesrat sprach sich Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner für einen „Wettbewerbsföderalismus“, geordnete Staatsfinanzen und Bürokratieabbau aus. Als politische Herausforderungen bezeichnete er die Bereiche Bildung und Integration.

Landeshauptmann Markus Wallner gab in seinen Ausführungen einen Überblick über die notwendigen Reformschritte in den kommenden Jahren und unterstrich dabei die Notwendigkeit, den partnerschaftlichen Gedanken in den Vordergrund zu stellen und auf Augenhöhe zu verhandeln, um „gemeinsam Perspektiven schaffen“ zu können. Als eine Nagelprobe für eine konstruktive Partnerschaft, die Reformen einleiten müsse, sah er das Verhältnis zwischen Bund und Ländern, wobei er sich für einen, wie er es

*„Eine stabile Regierung
braucht stabile
Staatsfinanzen.“*

Markus Wallner

nannte, „Wettbewerbsföderalismus“ aussprach. Man müsse Unterschiede aushalten und die regionalen Möglichkeiten erhalten. Dabei sei man auch aufgefordert, über die Grenzen zu schauen und nicht nur national zu denken. Für Wallner sind föderale Strukturen und regionale Spielräume notwendig, was er anhand der neun unterschiedlichen Baugesetze illustrierte. Ohne diese Möglichkeit hätte Vorarlberg kein liberales Baugesetz schaffen können, das aber zu einer beachtlichen Architekturszene und damit zu einer beachtlichen Wertschöpfung im Land geführt habe. Keine Freude hatte der Landeshauptmann mit einer Ausführungsgesetzgebung und wünschte sich für den Bundesrat ein „echtes Mitspracherecht“ wie in Deutschland.

Keine neuen Schulden, keine neuen Steuern, stabile Staatsfinanzen und Bürokratieabbau

In seiner Rede sprach Wallner konkrete Probleme an: „Wir sitzen insgesamt auf einem Schuldenberg, der nicht gut ist“, sagte er mit kritischem Unterton

und wies darauf hin, dass Vorarlberg keine Schulden mache, um die Investitionsquoten aufrecht zu erhalten und die großen Herausforderungen für die Zukunft finanzieren zu können. Der Bund investiere jedoch derzeit noch viel zu viel in die Vergangenheit. Deshalb sei hier eine Trendwende notwendig, wobei selbstverständlich nicht nur der Bund, sondern auch die Länder gefordert seien. Der Landeshauptmann zeigte sich überzeugt davon, dass eine stabile Regierung stabile Staatsfinanzen brauche und erteilte jeder Forderung nach neuen Steuern eine klare Absage.

Großen Wert legte Wallner im Sinne der Planbarkeit auf die Einhaltung des Finanzausgleichs und appellierte an den Bundesrat, darauf zu achten, dass die Finanzhoheit der Bundesländer nicht eingeschränkt werde. Wenig Freude hatte er mit der Art und Weise, wie der Pflegeregress durch den Bund abgeschafft wurde. Das führe zu Ausfällen von 200 Millionen Euro, wobei die Folgekosten höher sein werden. Ein Zuschuss vom Bund in der Höhe von 100 Millionen Euro war daher für ihn nicht akzeptabel. In Richtung Bund meinte er daher, wer eindeutig in die Finanzmasse der Länder eingreife und Landesgesetze ausheble, der werde auch dafür zahlen müssen.

Der Bürokratieabbau zählte für Wallner ebenfalls zu den zentralen Themen, auch im Interesse der Standortsicherheit. So hielt er beispielsweise Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes für überbordend, ohne aber den Arbeitnehmerschutz grundsätzlich angreifen zu wollen. In gleicher Weise sei auch das Vergaberecht kaum mehr einzuhalten. Entstauben wolle er zudem das Betriebsanlageverfahren. In Bezug auf das Mietrecht sprach sich der Landeshauptmann für eine „Verlängerung“ aus, zumal er viele Bestimmungen des Bundesgesetzes als ungeeignet für die unterschiedlichen Verhältnisse in den Ländern erachte. Wallner räumte aber ein, dass in den Landesgesetzen eine Rechtsbereinigung notwendig sei.



Landeshauptmann von Vorarlberg Markus Wallner und Bundesratspräsident Edgar Mayer

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Bildung: Zu viele werden im Bildungssystem noch zurückgelassen

Ein wichtiges Thema war Wallner die Ausbildung und Qualifikation – Schlüsselfragen der Zukunft, wie er betonte –, wobei er in Bezug auf die Förderungen von Spitzenleistungen und Chancengleichheit noch großen Handlungsbedarf ortete. Man brauche Investitionen in die besten Köpfe, notwendig sei es aber auch, Kinder, Jugendliche und Eltern aus bildungsfernen Schichten zu erreichen. Zu viele würden in unserem Bildungssystem noch zurückgelassen, sagte Wallner und drängte vor allem auf eine verstärkte Frühförderung, was mehr Mittel für die Volksschulen, aber auch die Förderung von Deutschkenntnissen in den Kindergärten bedeute. Zudem müsse mehr in die duale Ausbildung investiert werden.

Migration: Die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen

Der Landeshauptmann ging ferner auf die Themen Sicherheit, Asyl und Integration ein und bestand darauf, die regionalen Sicherheitsstrukturen zu erhalten. Die Regionen bräuchten ein gutes Netz an Sicherheitsposten, es sei notwendig, dass die Beamtinnen und Beamten über gute Ortskenntnisse verfügen. Wallner machte in diesem Zusammenhang auch kein Hehl daraus, dass seiner Meinung nach die Polizei noch bessere Instrumente benötige. Des Weiteren brach er eine Lanze für Militärkommanden in den Bundesländern.

Mit Hinweis auf die Ereignisse des Jahres 2015 unterstrich Wallner die Notwendigkeit der Kontrolle über die Migrationsströme und die Festlegung einer Obergrenze. Keineswegs dürfe man die Fehler der Vergangenheit wiederholen, sagte er. Die zentrale Botschaft müsse sein, dass Spielregeln für alle gelten und dass es keine Parallelgesellschaften geben dürfe. Er verwies dabei auf das Beispiel Vorarlberg, wo es eine Integrationsvereinbarung gibt, strenge Sanktionen bei Nichteinhaltung der Spielregeln inbegriffen. Die Mindestsicherung nannte Wallner eine Überbrückungshilfe, die keine Hängematte sein dürfe.

Für ein subsidiäres Europa

Letzter Punkt in seinen Ausführungen war ein Plädoyer für Europa, wobei Wallner betonte, wer für ein subsidiäres Europa eintrete, müsse auch für ein subsidiäres Österreich sein. Die Bundesländer rief er dazu auf, ein gemeinsames Europapapier zu erarbeiten, in dem die Bejahung Europas unterstrichen und zugestanden wird, dass Österreich enorm von der EU profitiert hat. Selbstverständlich, so Wallner, seien Reformen notwendig, denn nur wenn Europa die großen Fragen angehe, dann werde die EU an Boden gewinnen und das Vertrauen der BürgerInnen in die EU wachsen, so Wallner, der abschließend feststellte, es gebe Bereiche, wo man mehr Europa brauche, und Bereiche, wo weniger Europa vonnöten sei.

Subsidiarität in konkrete Maßnahmen umsetzen

Am 4. Dezember 2017 wurde die 8. Subsidiaritätskonferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen von Bundesratspräsident Edgar Mayer offiziell eröffnet. An dem internationalen Get-together mit dem Titel „Subsidiarität in konkrete Maßnahmen umsetzen“ nahmen rund 200 TeilnehmerInnen aus Regionen, Städten und Gemeinden aus ganz Europa teil.

Mayer: Alle europäischen Institutionen müssen Subsidiaritätsprinzip in die Tat umsetzen

In seiner Eröffnungsrede betonte Bundesratspräsident Mayer, dass der Grundsatz der Subsidiarität kein Widerspruch zur europäischen Idee sei, sondern eines der zentralen Prinzipien, die zu einem starken Europa führen. Die großen Herausforderungen bräuchten Zusammenarbeit, diese könnten nicht im Sinne des alten nationalstaatlichen Denkens von den einzelnen Ländern bewältigt werden.

Mayer begrüßte es ausdrücklich, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine unabhängige Taskforce für Subsidiarität, Proportionalität und „weniger, aber effizienteres Handeln“ ins Leben gerufen habe. Man müsse sich nun intensiv mit der Frage auseinandersetzen, was gut für die BürgerInnen in der Europäischen Union ist.

„Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass die europäische Ebene der politischen Gestaltung ein tatsächlicher Mehrwert ist, wird sich der europäische Gedanke in den Köpfen und Herzen der Menschen festigen und eine Weiterführung der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ermöglichen“, so Mayer.

Die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat, der Ausschuss der Regionen, die nationalen und die regionalen Parlamente, aber auch der Europäische Gerichtshof – sie alle seien gefordert, das Prinzip der Subsidiarität in ihrer täglichen Arbeit in die Tat umzusetzen.

Bundesrat: Best-Practice-Modell in der EU-Mitwirkung

Der österreichische Bundesrat gilt bei der Subsidiaritätsprüfung von EU-Gesetzesvorhaben als Best-Practice-Modell. 2016 war er mit vier begründeten Stellungnahmen neben dem schwedischen Riksdag (12) und der maltesischen Kamra tad-Deputati (5) eine der drei aktivsten Parlamentskammern innerhalb der gesamten Europäischen Union. 2017 hat der öster-

reichische Bundesrat sechs Mal die Meinung vertreten, dass ein europäischer Gesetzesvorschlag dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht.

EU-Subsidiaritätskonferenz erstmals in Österreich

An einem runden Tisch diskutierten zunächst hochrangige VertreterInnen der Kommission, des Parlaments und der estnischen Ratspräsidentschaft über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen innerhalb der verbleibenden EU-27 mit dem Fokus auf die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker jüngst eingesetzte Subsidiaritätstaskforce.

Am Nachmittag folgten dann Round Tables über die Mitwirkung an der EU-Gesetzgebung aus der Praxissicht nationaler sowie regionaler Parlamente sowie zur Rolle des Frühwarnmechanismus für den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Neben hochrangigen VertreterInnen aus den EU-Institutionen und sämtlichen EU-Mitgliedsländern waren vonseiten Österreichs die BundesrätInnen Sonja Zwanzl sowie Stefan Schennach, die beiden Landtagspräsidenten Harald Sonderegger (Vorarlberg) und Herwig Van Staa (Tirol) sowie der Europaabgeordnete Othmar Karas als RednerInnen vertreten.

Der Bundesrat konnte die wichtigste Veranstaltung des Europäischen Ausschusses der Regionen heuer erstmals nach Österreich holen. Die Konferenz findet alle zwei Jahre in einem anderem EU-Mitgliedsland statt.

„Subsidiaritätskontrolle dient der Verbesserung der gesamten EU auf allen Ebenen“

Der Direktor für intelligente Regulierungs- und Arbeitsprogramme, John Watson, informierte über die Gründung der Taskforce, die ihre Arbeit im Jänner aufnehmen und Ergebnisse bereits im Juli 2018 vorlegen werde. „Eine weitreichende Debatte über ein Europa im Jahr 2025“ soll anhand der Ergebnisse die Folge sein, so Watson im Hinblick auf die Aufgaben der im November





8. Subsidiaritätskonferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen im Großen Redoutensaal in der Hofburg

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

gegründeten Taskforce. Ziel sei es in jedem Fall, eine geeintere und stärkere EU aufzubauen.

Subsidiarität nicht auf reinen Verfahrensmechanismus reduzieren

Raffaele Cattaneo, selbst Mitglied des Ausschusses der Regionen (AdR), Vizepräsident von Calre und Präsident des Regionalrates der Lombardei, sprach die Grundsätze und Charakteristika der Subsidiarität während des Round Tables an. Seiner Meinung nach müssen Subsidiaritätsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen umgesetzt werden – der Verfahrensmechanismus müsse demnach auf fachlichem Niveau und auf politischer Ebene bearbeitet werden. EU-BürgerInnen wieder näher an die politischen Abläufe zu bringen und Vertrauen zu fördern, lasse sich laut Cattaneo erzielen: „Mithilfe der Subsidiarität lässt sich gegen dieses Gefühl der Entfernung arbeiten“.

Weniger, aber effizienteres Handeln ist das Ziel

„Der AdR ist seit Jahren in die Subsidiaritätskontrolle involviert. Wir arbeiten eng mit Regionalparlamenten

und Subsidiaritätsexperten aus verschiedenen Regionen zusammen. Die Taskforce ist eine große Chance, die Art und Weise, wie die EU funktioniert, zu verändern und Städten und Regionen eine stärkere Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas einzuräumen. Die Europäische Union ist nur insofern stark, als sie in der Lage ist, mit ihren Bürgern in Verbindung zu treten. Hier sind Regionen und Städte unerlässlich“, erklärte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen.

Das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union festgeschrieben. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein Mechanismus eingeführt, mit dem nationale Parlamente prüfen können, ob das Subsidiaritätsprinzip bei Entwürfen für Rechtsvorschriften der EU eingehalten wird. Im Rahmen des Frühwarnsystems können die nationalen Parlamente binnen acht Wochen darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit

dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Erreicht die Anzahl der begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente mindestens ein Drittel, muss der Entwurf von der Europäischen Kommission überprüft werden (gelbe Karte). Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde zwischen 2007 und 2017 lediglich dreimal angewendet. Der AdR nimmt seine Kontrollfunktion im von ihm geschaffenen Netz für Subsidiaritätskontrolle wahr. Dieses Netz dient als Anlaufstelle für lokale und regionale Gebietskörperschaften, um Informationen zu erhalten und ihre Ansichten zu Maßnahmen und Legislativvorschlägen der EU einbringen zu können.

Wie die Prüfung von EU-Vorhaben durch die nationalen Parlamente in der Praxis funktioniert, darum ging es bei der zweiten Podiumsdiskussion der 8. Subsidiaritätskonferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR). Neben Bundesrätin Sonja Zwazl (ÖVP) berichteten Jean Bizet aus Frankreich und Vannino Chiti aus Italien über die bisherigen Erfahrungen. Die bestehende Frist von acht Wochen zur Prüfung neuer Kommissionsvorschläge sei zu knapp, meinte etwa Bizet, der den EU-Ausschuss des französischen Senats leitet. Chiti will aktive Gesetzgebungsvorschläge der nationalen Parlamente (grüne Karte) forcieren. Gegen ausufernde delegierte Rechtsakte wandte sich Zwazl, die intensive Auseinandersetzung des Bundesrates mit EU-Vorhaben hat ihr zufolge aber bereits Früchte getragen.

Auf ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen Subsidiarität und Solidarität machte Gerhard Jordan vom Grünen Klub im Wiener Rathaus in der anschließenden Diskussion aufmerksam. Die bisher drei „gelben Karten“ der nationalen Parlamente gegenüber der EU-Kommission seien stark von Eigeninteressen der EU-Mitgliedstaaten getragen gewesen, gab er zu bedenken. Beim Widerstand gegen die EU-Entsenderichtlinie sei es etwa darum gegangen, von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmen gegen Sozialdumping zu verhindern.

Zwazl: Bundesrat ist Verbindungsglied zwischen österreichischen Regionen und Brüssel

Der österreichische Bundesrat sieht sich laut Zwazl als Verbindungsglied zwischen den österreichischen Regionen und Brüssel. Er prüfe quasi die Länder- und Regionenverträglichkeit von EU-Vorhaben. Insgesamt hat die Länderkammer des österreichischen Parlaments in den vergangenen zehn Jahren mehr als 380 EU-Vorlagen unter die Lupe genommen und über 80 Stellungnahmen beziehungsweise Mitteilungen gefasst, wobei sich der Bogen der behandelten Themen von steuerrechtlichen Fragen über verkehrspolitische Themen bis hin zur Digitalisierung spannt.

Die intensive Beschäftigung des Bundesrates mit EU-Vorhaben habe bereits Früchte getragen, hob Zwazl

hervor. So sei es gemeinsam mit anderen nationalen Parlamenten gelungen, in einzelnen Fällen ein Umdenken in Bezug auf die massive Häufung so genannter delegierter Rechtsakte zu bewirken. Grundsätzlich sei es zwar positiv, wenn die Kommission bei kleineren Änderungen keinen neuen Gesetzgebungsprozess starten müsse, meinte Zwazl, lagere man zu viele Inhalte in delegierte Rechtsakte aus, wirke sich das aber nicht nur negativ auf die Lesbarkeit und Verständlichkeit von Vorlagen aus, sondern führe auch dazu, dass Kompetenzen der Behörden der Mitgliedstaaten zur Europäischen Kommission verschoben werden. Der österreichische Bundesrat trete in diesem Zusammenhang auch für die Einrichtung eines öffentlichen Registers für delegierte Rechtsakte und einen frühzeitigen Zugang der nationalen Parlamente zu Entwürfen ein.

Zwazl sah auch insgesamt die Tendenz zu zunehmenden Regulierungen kritisch. Eine Überregulierung untergrabe die natürliche Vernunft, Eigenverantwortung und Mitdenken, warnte sie. „Wem ständig das Denken abgenommen wird, der wird auch keine Ideen mehr haben“, mündige BürgerInnen sollten also auch als solche behandelt werden. Ein klares Bekenntnis legte Zwazl zum Föderalismus in Österreich ab: Als Zentralstaat wäre das Land nie so stark geworden, war sie überzeugt.

Bizet: Europäischer Mehrwert muss sichtbar werden

Bei der EU-weiten Vereinheitlichung und Harmonisierung des Rechts dürfe man die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen nicht außer Acht lassen, mahnte auch Jean Bizet, Vorsitzender des EU-Ausschusses des französischen Senats. Der Brexit hat für ihn die wesentliche Frage des Mehrwerts der EU klar vor Augen geführt. Die Subsidiaritätskontrolle dürfe nicht zu juristischem Fundamentalismus führen, wo die Form wichtiger sei als der Inhalt, warnte er. Dass die nationalen Parlamente nur acht Wochen Zeit haben, um neue Vorschläge der EU-Kommission zu prüfen, sei zu kurz, er wünsche sich eine zumindest zehnwöchige Frist. Bizet kritisierte außerdem den Umgang der EU-Kommission mit Stellungnahmen der nationalen Parlamente, auch mehr Konsultationen der nationalen Parlamente durch die EU-Kommission waren ihm ein Anliegen. Im Allgemeinen meinte Bizet, Europa müsse seine Fehler schneller erkennen und beheben und daran arbeiten, nicht nur als Raum, sondern als mächtiger Handlungsträger in internationalen Verhandlungen wahrgenommen zu werden.

Chiti: Nationale Parlamente sollen Gesetzesvorschläge machen können

Für eine Konzentration der EU auf zentrale Fragen wie Sicherheit, Verteidigung, Außenpolitik, Migration und Klimapolitik plädierte der Vorsitzende des EU-Ausschusses des italienischen Senats Vannino Chiti.

Zudem sprach er sich für eine breitere Einbindung der nationalen Parlamente in die EU-Politik abseits von Subsidiaritätsprüfungen aus. So wäre es seiner Meinung nach zweckmäßig, würden die nationalen Parlamente die Möglichkeit bekommen, mit den Ausschüssen des Europäischen Parlaments Fachfragen zu erörtern und selbst Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene in Form von „grünen Karten“ zu starten.

Auch eine „horizontale Subsidiarität“ war Chiti wichtig: Dazu gehöre nicht nur eine bessere Einbindung der Regionen in den innerstaatlichen Entscheidungsprozess, worum sich der italienische Senat bei Subsidiaritätsprüfungen auch verstärkt bemühe. Auch Meinungen von BürgerInnen und ehrenamtlichen Verbänden müssten mehr Gehör finden.

Die Erfahrungen, welche Regionalparlamente mit der Subsidiaritätskontrolle der EU-Gesetzgebung bisher gesammelt haben, waren Thema eines weiteren Round Table in der Hofburg. Unter dem Titel „Subsidiaritätskontrolle in der Praxis“ legten VertreterInnen von regionalen gesetzgebenden Körperschaften in Vorarlberg, Thüringen und Flandern den TeilnehmerInnen der 8. Subsidiaritätskonferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen ihre Beobachtungen und Schlussfolgerungen dar.

Übereinstimmung herrschte dabei, dass angesichts der Komplexität der Materien die derzeitige Prüffrist von acht Wochen zu kurz angesetzt ist. Diese Erfahrungen wurden mit konkreten Erwartungen an die EU-Taskforce Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verknüpft, in der die Regionalparlamente, wie die RednerInnen unterstrichen, in angemessener Weise vertreten sein sollten. Zudem brauche es mehr Ressourcen sowie mehr Nähe zu den BürgerInnen, damit regionale Körperschaften eine sinnvolle Rolle in der EU-Gesetzgebung spielen können. Dabei wurde auch die immer wieder diskutierte „Rote Karte“, ein Instrument, um Vorhaben der EU-Kommission zu stoppen, wieder ins Spiel gebracht.

Regionalparlamente und Subsidiaritätskontrolle – komplexe Aufgabe in knappem Zeitrahmen

Der Vertrag von Lissabon ermöglicht den nationalen Parlamenten im Rahmen der EU-Gesetzgebung – in Österreich also Nationalrat und Bundesrat – im so genannten Frühwarnmechanismus binnen acht Wochen



Bundesratspräsident Edgar Mayer © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

eine begründete Stellungnahme vorzubringen, wenn diese einen Gesetzentwurf der EU für subsidiaritätswidrig halten. Im Rahmen des Frühwarnmechanismus können die nationalen Parlamente auch die Regionalparlamente konsultieren, die damit bereits in einem frühen Stadium des EU-Gesetzgebungsprozesses beurteilen können, ob ein Vorschlag der EU-Kommission im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip steht.

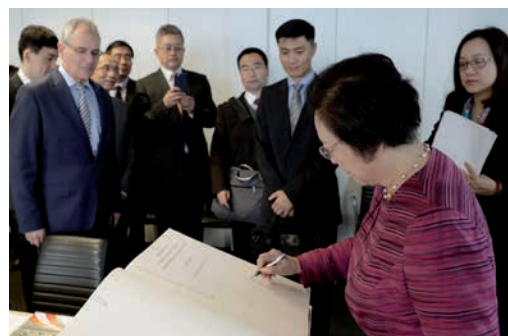
Der Präsident des Vorarlberger Landtags Harald Sonderegger berichtete in diesem Zusammenhang von guten Erfahrungen mit dem eigens eingerichteten Europaausschuss des Vorarlberger Landtags. Die Frist von acht Wochen sei für die Bewältigung der komplexen Aufgabe seiner Ansicht nach jedenfalls zu kurz, sie sollte auf zwölf Wochen ausgedehnt werden. Eine sinnvolle Prüfung der Auswirkungen von EU-Gesetzgebung auf die Regionen sei zudem eine Frage von Ressourcen. Letztlich nehme auch die EU-Kommission die Rückmeldungen nur in sehr begrenztem Umfang auf, merkte Sonderegger kritisch an.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage der BürgerInnennähe der EU-Gesetzgebung angesprochen. Fragen der Subsidiarität seien teilweise nur schwer den BürgerInnen vermittelbar, obwohl es oft um ihre unmittelbaren Interessen gehe. Während die Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips als Kernelement der EU allgemein betont wurde, wiesen kritische Stimmen auch darauf hin, dass sie nicht in dem Sinne verstanden werden sollte, wonach letztlich alle Fragen auf regionaler Ebene am besten aufgehoben wären. Europa müsse auch auf der weltpolitischen Bühne einheitlich agieren können.

Internationale Kontakte



**Der irische Botschafter
Tom Hanney und
Bundesratspräsident
Edgar Mayer**
© Parlamentsdirektion/
BKA/Andy Wenzel



**Die Vizepräsidentin
der Politischen
Konsultativkonferenz
des chinesischen
Volkes Wenyi Lin und
Bundesratspräsident
Edgar Mayer**
© Parlamentsdirektion/
BKA/Regina Aigner



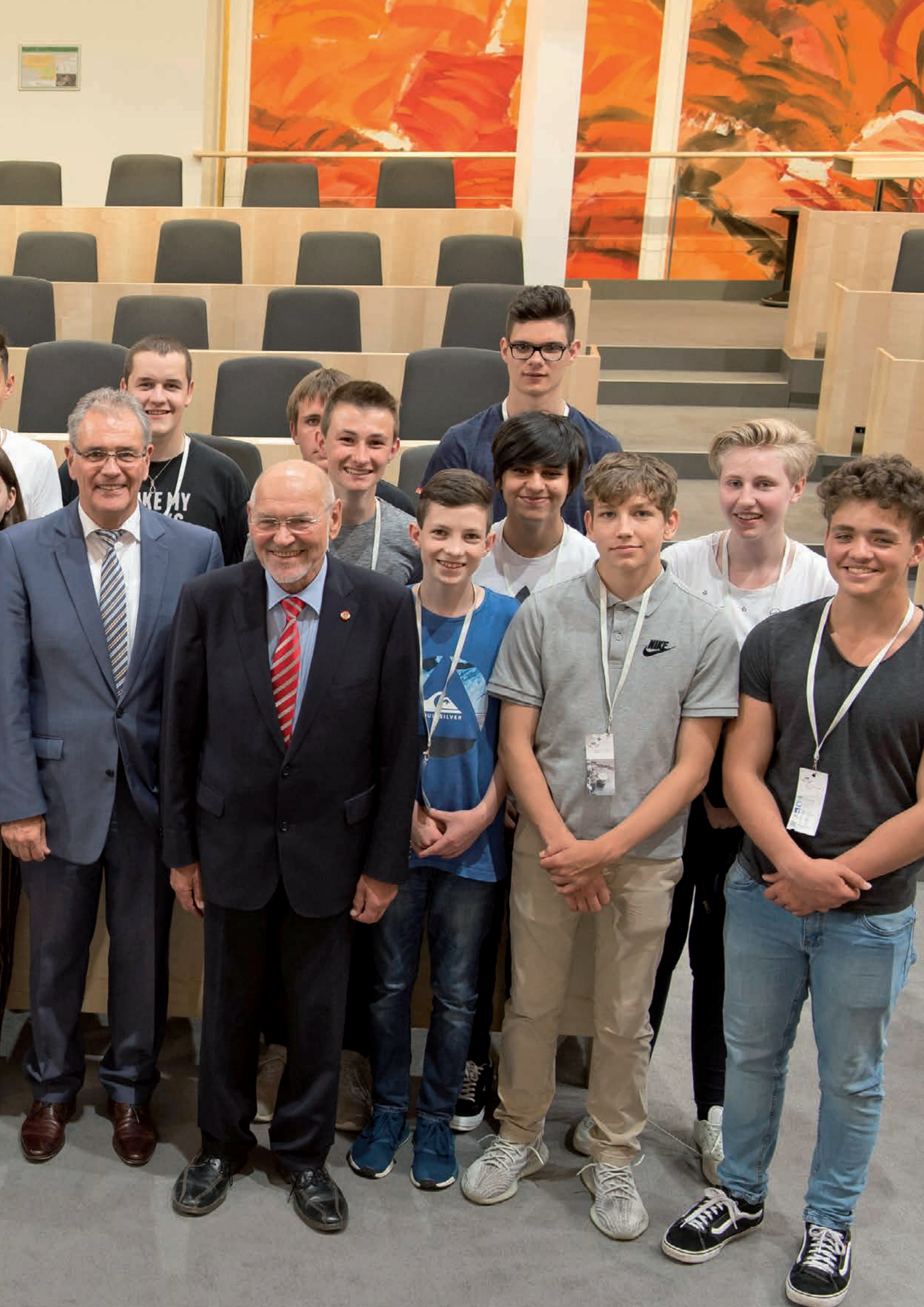
**Der Vorsitzende
der Delegation des
Bayrischen Landtages
Franz Rieger zu Besuch
bei Bundesratspräsident
Edgar Mayer**
© Parlamentsdirektion/
BKA/Regina Aigner



**Der tschechische
Senatspräsident
Milan Štěch
zu Gast bei
Bundesratspräsident
Edgar Mayer**
© Parlamentsdirektion/
BKA/Regina Aigner









Bundesratspräsident Reinhard Todt begrüßt die Gäste © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Soziale Auswirkungen der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist im Alltag omnipräsent. Darauf gilt es, entsprechend zu reagieren, wobei vor allem die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung nicht außer Acht gelassen werden dürfen, meint Bundesratspräsident Reinhard Todt, der in seiner Präsidentschaft denn auch einen Fokus auf diese Frage legte.

Bundesratspräsident Todt will neue Technologien im Dienste aller

Bundesratspräsident Reinhard Todt beleuchtet in seiner Präsidentschaft die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung. Am 10. April fand im Dachfoyer der Hofburg ein World Café statt, um zusätzlich zu der von Todt gestarteten Onlinekonsultation das Thema multimedial zu diskutieren. „Um die soziale Frage für die Zukunft zu beantworten, müssen wir einen Fokus auf die digitale Dimension legen“, betonte Todt. „Die fortschreitende Digitalisierung ist zwar in aller

Munde, aber nicht selten läuft die Diskussion ins Leere, wenn es um die soziale Verantwortung geht. Dabei ist die zunehmende Digitalisierung im Alltag omnipräsent – für Jung und Alt, im Privatleben sowie im Berufsleben“, so Todt weiter.

Neue Technologien zum Nutzen der Allgemeinheit

Trotz vieler Vorteile der neuen Technologien stellte Todt bezüglich der Digitalisierung eine zuneh-

mende Verunsicherung in der Gesellschaft fest. Diese sei durch die rasanten Änderungen in der Arbeitswelt geprägt. „Neue Technologien sollen der Allgemeinheit nutzen und nicht nur wenigen Profiteuren“, strich der Bundesratspräsident heraus. Todt appellierte an die Gäste der Veranstaltung, die Digitalisierung aus zivilgesellschaftlicher Sicht zu betrachten, um Strategien gegen eine vorherrschende Schieflage zu entwickeln.

Die Moderation der fünf parallel geführten Diskussionen erfolgte durch ExpertInnen, die anschließend die Ergebnisse vorstellten. Die Rahmenmoderation der Veranstaltung übernahm Andreas Kovar von Kovar & Partners.

Bildung: Aspekt Lifelong-Learning besonders wichtig

Die Diskussion zum Thema Bildung wurde vom Pädagogen Daniel Landau geleitet und behandelte die Fragenkomplexe: „In welcher Beziehung steht die Digitalisierung zu unserem aktuellen Bildungssystem?“ sowie „Wer definiert, was ‚die Digitalisierung‘ ist?“ Es wurde der Ausbau des für die Partizipation wichtigen Breitbandangebots bis hin zur Einführung der digitalen Kompetenz als vierte Grundkompetenz diskutiert. Auch der Aspekt des Lifelong Learning sei in Hinblick auf die digitale Welt besonders wichtig. Hier müsse die Rolle der Gesellschaft als Bildungsvermittler gestärkt werden, die staatlichen Institutionen würden in dieser Hinsicht manchmal im Stich gelassen.

Grundkonsens, dass Grundwerte im Fokus stehen müssen

Ursula Seethaler (Liquid Participation) leitete die Diskussion zu Digitalisierung und Demokratie. Grundkonsens war, dass wirtschaftliche Interessen in Hinblick auf die Digitalisierung nicht auf die Politik übertragen werden sollen, sondern dass die demokratischen Grundwerte weiterhin im Fokus stehen müssen. In der Demokratie könne die Digitalisierung dabei helfen, effizienter zu werden. Digitale Tools könnten zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Prozesse und Inhalte führen, es sei jedoch ein Qualitätsmaß sicherzustellen. Als positive Beispiele wurde das Einreichen von BürgerInneninitiativen im Parlament genannt, konkret das Volksbegehren zum Nichtraucherinnen- und Nichtrauchererschutz.

Sicherheit und Datenschutz als große Herausforderung

Werner Illsinger von Digital Society behandelte das Thema Sicherheit und Datenschutz. Man stehe besonders vor der Herausforderung, dass für normale BenutzerInnen nicht greifbar sei, was Sicherheit in der digitalen Welt bedeutet. Technische Systeme sollten daher von Grund auf sicher designt werden. Die Datenschutz-Grundverordnung sei grundsätzlich ein wichtiges Instrument zur Reglementierung, es sei aber zu kritisieren, dass kleine Vereine oder Einpersonenunternehmen gleich behandelt würden wie Facebook und Google.



Bundesratspräsident Reinhard Todt © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Digitalen Wandel als Zivilbevölkerung mitbestimmen

Die Diskussion zum Thema Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt, moderiert von Stephan Blahut vom Gewerbeverein, brachte ambivalente Ergebnisse. Digitalisierung brächte einerseits mehr sinnstiftende Arbeit mit sich, während sie sich andererseits negativ auf die Balance zwischen Privatleben und Arbeit auswirkt. Durch die große Vielfalt an Geschäftsmodellen sei die Gesetzgebung überfordert. Das Zunehmen von atypischen Arbeitsverhältnissen wie Teilzeit oder projektbezogener Arbeit stelle uns vor die Herausforderung der Gewährleistung der sozialen Sicherheit. Deren Finanzierung müsse flexibler gestaltet und an die aktuellen Lebensrealitäten angepasst werden.

Forderung an die Bildung sei, den Fokus weniger auf inhaltliche Details zu setzen, als einen Überblick und Zusammenhänge zu vermitteln. Breiter Konsens herrschte darüber, dass man den digitalen Wandel als Zivilbevölkerung mitbestimmen wolle, anstatt sich von Konzernen wie Google treiben zu lassen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Rahmen der Digitalisierung

Was ist Gesellschaft? Welche Gruppierungen gibt es? Wie fluide und durchlässig ist sie? Diese Fragen standen in der Diskussionsrunde von Barbara

Coudenhove-Kalergi von der Industriellenvereinigung auf der Tagesordnung. Hauptakteur sei eindeutig die Wirtschaft, da digitale Techniken und Algorithmen für die Wirtschaft optimiert seien und nicht für die Gesellschaft. So stehe man als Zivilgesellschaft und Staat vor der Herausforderung, wie man mit diesem nicht aufholbaren Vorsprung der Wirtschaft umgehen könne. Solange Datenverwertung als Geschäftsmodell fungiere, werde dies negative Auswirkungen auf das Gemeinwohl haben.

Positiv strich Coudenhove-Kalergi heraus, dass es viel ehrenamtliches Engagement gebe, das aber Unterstützung in Sichtbarkeit und Vernetzung brauche. Außerdem seien Diskursräume wichtig, da Diskussionen derzeit nicht oder nur in thematischen Blasen (Bubbles) stattfinden würden. Wie kann Frauenförderung in den Männerdomänen Digitalisierung und digitale Technologien aussehen? Allen voran solle die Frage nach einem verantwortlichen Umgang gestellt werden, dabei sei der Staat gefordert. Bildung werde hier jedenfalls als großer Hebel gesehen, um kritisch reflektierte Bürgerinnen und Bürger im digitalen Bereich zu bilden. Die digitale Zukunft solle sozial gerecht gestaltet werden – und zwar mit Mut und Tempo.

Als Diskussionsgrundlage dient etwa auch die Arena Analyse von Kovar & Partners „Wir und die anderen“,





Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

die im Jänner auf Einladung des Bundesratspräsidenten im Parlament vorgestellt wurde. Die umfassenden Ergebnisse der Diskussion sind im Netz unter www.digitalerwandel.at einsehbar.

„Wir müssen einen Fokus auf die digitale Dimension legen.“

Reinhard Todt

Bundesratspräsident Reinhard Todt zeigte sich erfreut über die hohe Qualität der Beiträge, die in die Onlinekonsultation zum Schwerpunkt „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ eingebracht wurden. Insgesamt haben sich 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angemeldet und die Beiträge kommentiert und ergänzt.

Diese Beteiligung nahm der Bundesratspräsident zum Anlass, die Onlinediskussion auf www.digitalerwandel.at zu verlängern. „Ich bin sehr erfreut darüber, dass sich Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen beteiligen und ihre Ideen und ihr Fachwissen einbringen. Es zeigt sich, dass beim Thema Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit

Bedarf für weitere Diskussion besteht“, so Todt. Der Bundesratspräsident lud nochmals alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an der Onlinekonsultation zu beteiligen, um gemeinsam die Gestaltung unserer digitalen Zukunft zu diskutieren.

In den bisherigen Beiträgen wurden die Bereiche Arbeit und Bildung stark thematisiert: Wie muss die digitale Arbeitswelt gestaltet werden, damit die Veränderungen genutzt werden können, ohne eine soziale Kluft entstehen zu lassen? Oder wird uns die Arbeit gar ausgehen? Wie muss das Bildungssystem aussehen, um die heutigen Kinder und Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen auf die digitale Welt vorzubereiten? Hier lautete ein Vorschlag, dass digitale Bildung eine Querschnittsmaterie ist, die sich durch den gesamten Lehrstoff durchziehen muss und nicht singular unterrichtet werden kann. Generell seien Maßnahmen notwendig, um den Menschen die Angst vor der Digitalisierung zu nehmen.

Die Digitalisierung stellt aber auch die demokratischen Institutionen vor neue Herausforderungen. So muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die soziale Gerechtigkeit auch im digitalen Zeitalter gewährleisten. „Aber es gibt auch neue Tools, wie die Onlinediskussion, die eine neue Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen ermöglichen“, betonte Todt.

Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten

Wie kann und soll die Politik mit den Veränderungen, die sich durch den digitalen Wandel in der Gesellschaft ergeben, konstruktiv und zukunftsorientiert umgehen? Dieser Frage ging der Bundesrat, der sich bereits seit Jahren der verschiedenen Aspekte der Digitalisierung annimmt, in der Präsidentschaft von Reinhard Todt nach.



Symposium „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“. Begrüßung durch Bundesratspräsidenten Reinhard Todt
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Der digitale Wandel betrifft alle Lebensbereiche: von innovativen Partizipationsmöglichkeiten bis zu E-Health, von elektronischen Behördenwegen über neue Kommunikationswege bis zur industriellen Fertigung. Die Digitalisierung kann verbinden, sie kann aber auch die gesellschaftlichen Unterschiede verstärken und damit den sozialen Zusammenhalt gefährden. Sie wird neue Jobs bringen, aber auch Arbeitsplätze kosten und vielfach fragliche Arbeitsverhältnisse schaffen. Die Digitalisierung findet längst statt, und es stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der österreichische Bundesrat nimmt sich bereits seit mehreren Jahren der unterschiedlichen Aspekte des digitalen Wandels an.

Bundesratspräsident Reinhard Todt lud im Rahmen seines Schwerpunktes „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ ein, zu diskutieren, welche Entscheidungen jetzt von der Gesetzgebung getroffen werden müssen, um die Zukunft sozial gerechter zu gestalten, und welche Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden können, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das Projekt wurde vom Beratungsunternehmen Kovar & Partners im Auftrag des Präsidenten des Bundesrates begleitet und unter anderem von den Organisationen Digital Society, Junge Industrie Wien und SOS-Kinderdorf unterstützt.

Als Grundlage für die breit angelegte Diskussion diente die Arena Analyse „Wir und die anderen“ von



Bundratspräsident Reinhard Todt © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Kovar & Partners, die 2018 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Thema hatte und am 23. Jänner 2018 auf Einladung des Bundesratspräsidenten im Parlament präsentiert wurde. Nach Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten nimmt der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ab, wodurch es zu Segmentierungen innerhalb der Gesellschaft kommt – statt in der großen Gemeinschaft suchen viele Menschen Zuflucht in kleineren Gruppen, die sich immer stärker von anderen abgrenzen. Der Prozess der Digitalisierung ist neben jenem der Globalisierung und der Migration eine der treibenden Kräfte für diese Veränderung, die einen Wandel des sozialen Zusammenhaltes nach sich zieht.

Mit der Digitalisierung zukunftsorientiert umgehen

Doch wie können und sollen Politik und Gesellschaft mit den Veränderungen konstruktiv und zukunftsorientiert umgehen? Diese Frage wurde ab 15. Februar 2018 in einer Onlinekonsultation diskutiert, die von Kovar & Partners gemeinsam mit dem Institut für Höhere Studien (IHS) begleitet wurde. Rund 170 Menschen haben sich unter www.digitalerwandel.at an dem offenen partizipativen Verfahren beteiligt, haben ihre Ideen eingebracht und zur Diskussion gestellt sowie Vorschläge und Beiträge kommentiert. Das Ergebnis der Konsultation, für die „Pnixnet“, ein innovatives Diskussionstool für kollaboratives Arbeiten und e-Partizipation, eingesetzt wurde: Die Teilnehmenden erachteten insbesondere die Bereiche

Arbeit und Bildung als entscheidende Faktoren für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Kohäsion. Dies spiegelte sich auch in den Diskussionsrunden des World Cafés wider, das parallel zur Onlinekonsultation am 10. April 2018 im Parlament stattfand und auf großes Interesse stieß. Beim Thema Bildung wurden unter anderem die Bedeutung digitaler Kenntnisse als vierte Grundkompetenz sowie der hohe Stellenwert von lebenslangem Lernen im Zusammenhang mit der Digitalisierung erörtert. Im Bereich Arbeit bringt die Digitalisierung zwar mehr sinnstiftende Tätigkeiten, greife aber auch in die Balance zwischen Privatleben und Beruf ein. Die Zunahme von atypischen Arbeitsverhältnissen stelle Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen, die soziale Sicherheit zu gewährleisten, lautete der Tenor der Diskussionen, die demokratischen Grundwerte müssten auch weiterhin im Fokus stehen. Die digitale Zukunft müsse sozial gerecht gestaltet werden – und zwar mit Mut und Tempo, so der Grundkonsens.

Der Input aus dem World Café floss ebenfalls in die Onlinekonsultation ein, deren Ergebnisse von Kovar & Partner und dem IHS in einem Grünbuch zusammengefasst wurden. Den Abschluss des Projekts bildete schließlich am 27. Juni das Symposium „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ im Parlament, bei dem Expertinnen und Experten aus den Bereichen Arbeit, Bildung, Demokratie und Datensicherheit teilnahmen.

Armut schmerzt: Enquete gegen Armut in Kindheit und Alter

Obwohl Österreich zu den reichsten Ländern der Welt zählt, sind Kinder- und Altersarmut noch immer ein reales Problem. Etwa 200.000 Pensionistinnen und Pensionisten und 300.000 Kinder und Jugendliche sind armutsgefährdet. Diesem Umstand trug eine eigene Enquete Rechnung, in der sich der Bundesrat mit Zukunftsstrategien gegen die Armut befasste.



Eröffnung der Enquete durch Bundesratspräsident Reinhard Todt Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Armut schmerzt, besonders wenn sie Personen trifft, die sich selbst nicht helfen können. Über 300.000 Kinder und 200.000 PensionistInnen sind in Österreich derzeit armutsgefährdet. Zukunftsstrategien gegen Kinder- und Altersarmut erörterten daher die BundesrätInnen im Parlament bei einer Enquete mit ExpertInnen aus Politik und Gesellschaft. Aus den zahlreichen Vorschlägen zur Armutsprävention kristallisierte sich heraus, dass Armut umfassend gesehen werden muss, da es alle Lebensbereiche betrifft.

Todt: Politik darf Armut Schutzbedürftiger nicht hinnehmen

Bundesratspräsident Reinhard Todt betonte in seiner Begrüßung, die Politik habe jetzt zu handeln: „Ganz besonders müssen wir uns um diejenigen in unserer Gesellschaft kümmern, die schutzbedürftig sind.“ Die Politik müsse Rahmenbedingungen schaffen, in denen jeder Mensch in Würde altern kann und eine Kindheit mit guter Bildung für alle möglich ist. Zwar sei der Anteil der armutsgefährdeten Älteren in Österreich in den letzten Jahren gesunken, worin Todt den Erfolg des

umlagefinanzierten staatlichen Pensionssystem sieht, dennoch bestehe für viele weiterhin die Gefahr, im Alter zu verarmen. Gründe dafür seien Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten und Krankheit: „Damit wird bereits deutlich, dass Frauen im Alter einem höheren Risiko ausgesetzt sind, in Armut zu geraten.“

Der Kampf gegen Kinderarmut müsse das gesamte familiäre Umfeld im Fokus haben, erklärte Todt weiter. „Ein Kind kann nicht beeinflussen, ob es in Armut lebt oder nicht“, ob das Haushaltseinkommen für angemessene Wohnverhältnisse, gesunde Ernährung und hochwertige Bildung reicht. Vor allem sozial schwache Familien bedürften somit der Förderung durch eine verantwortungsvolle Politik, die Armut mit den richtigen Maßnahmen bekämpft und besiegt. Obwohl Österreich als Sozialstaat im internationalen Vergleich relativ gut dastehe, sei jeder von Armut betroffene Mensch einer zu viel.

So sei es auch inakzeptabel, dass eine ungarische Erntehelferin in Österreich einen Stundenlohn von gerade einmal 3 Euro erhält, legte Todt angesichts der Einkommensunterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten auch ein Bekenntnis gegen Lohn- und Sozialdumping in der Europäischen Union ab. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, „den Kampf gegen die Armut international zu führen“.

Armutsprävention am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem

Konkrete politische Vorschläge zur Armutsbekämpfung in Österreich lieferten Arbeits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, Frauen- und Familienministerin Juliane Bogner-Strauß, die Wiener Landtagsabgeordnete Tanja Wehsely sowie die Vorarlberger Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker.

Eine Mindestpension von 1200 Euro für Personen mit 40 Beitragsjahren nannte Sozialministerin Hartinger-Klein als eine der ersten Maßnahmen der neuen Bundesregierung bei der Bekämpfung von Altersarmut. „Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, [...] soll [...] eine Altersversorgung erhalten, die wertgesichert ist.“ Die Leistungen würden auf Vorschläge der Pensionskommission hin jährlich angepasst, denn das bestehende öffentliche Pensionssystem mit Ausgleichszulage reiche als Sicherheitsnetz bei den steigenden Lebenshaltungskosten nicht immer aus. Letztendlich spiegle sich im Alter das vorangegangene Erwerbsleben wider; so plädierte Hartinger-Klein dafür, die Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen weiter zu erhöhen, nicht zuletzt um deren Erfahrungen effektiv einzusetzen. Hauptbetroffen von der Armutsgefährdung seien alleinerziehende Mütter.

Niedrige Einkommen im Elternhaus hätten häufig Kinderarmut zur Folge, besonders bei



Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Beate Hartinger-Klein

AlleinerzieherInnen, spannte Familienministerin Bogner-Strauß den Bogen weiter. Geld- und Sachleistungen wie die Familienbeihilfe, die Schülerfreifahrt oder der Familienhärteausgleich würden bereits jetzt Familien finanziell sehr helfen. Österreich brauche aber mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, die den Erziehungsberechtigten flexible und adäquate Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten böten und in denen die Kinder entsprechende Bildung erhielten. „Kinder sollen keine von Armut vorgezeichnete Zukunft haben.“ Aus diesem Grund wolle die Regierung auch mit der Einführung des Familienbonus insgesamt 1,6 Millionen Kinder unterstützen. Wichtig sei bei sämtlichen Leistungen des Staats, diese treffsicher zu gestalten, unterstrich die Ministerin.



Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend im BKA Juliane Bogner-Strauß



Landtagsabgeordnete von Wien, Tanja Wehsely
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

„Gerechtigkeit durch Angebote“ habe der Staat im Kampf gegen die Armut herzustellen, sagte Landtagsabgeordnete Wehsely – gerade bei der Arbeitsmarktpolitik. Budgetkürzungen seien hier jedenfalls der falsche Weg, richtete sie der Bundesregierung aus. Die Stadt Wien investiere deswegen in die Ausbildung Jugendlicher sowie in Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, etwa mit dem Qualifikationsplan 2030. Die Abgeordnete rief dazu auf, arbeitslose Menschen verstärkt zu beraten und zu unterstützen. „Armut ist „eine Schande für eine Gesellschaft [...] und nicht eine Schande für den armen Menschen“, also ein gesellschaftliches und kein individuelles Versagen, hob Wehsely hervor. Die Mindestsicherung stelle dabei die letzte Absicherung dar, Kürzungen in diesem Bereich würden den Erhalt einer demokratischen Gesellschaft gefährden.



Landesrätin des Landes Vorarlberg, Katharina Wiesflecker

Armutsprävention müsse bei den strukturellen Gegebenheiten ansetzen, so Soziallandesrätin Wiesflecker, besonders hinsichtlich des Bildungsbereichs. Vorarlberg gehe mit sozial gestaffelten Kindergartenbeiträgen als gutes Beispiel voran, um auch Personen mit geringem Einkommen eine qualitätvolle elementarpädagogische Bildung für ihre Kinder zu ermöglichen. In den ersten beiden Volksschulklassen habe Vorarlberg zudem aus Landesmitteln den Standorten mehr Ressourcen zugeteilt, etwa für Sprachkurse. Wiesflecker empfahl der Regierung eine ähnliche Herangehensweise bei den kommenden Budgetverhandlungen. Als weiteren wichtigen Punkt der Armutsprävention im Bildungssystem sieht sie den Ausbau von ganztägigen Schulformen.

Fenninger: Verteilung von oben nach unten und eigene Grundsicherung für Kinder

Armut ist weit mehr als Mangel an Geld, gab der Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger zu bedenken, denn sie manifestiere sich in allen Lebenslagen. Eine gemeinsame Definition von Armut sei die Voraussetzung dafür, um wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln. So müsse etwa klar festgelegt werden, dass Armut keine Eigenschaft ist, mit der eine bestimmte Personengruppe „markiert“ wird. Armut sei vielmehr Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit und einer ungleichen Gesellschaft. Armutsbetroffene Menschen erlebten zugleich sehr oft, dass die Politik letztlich nicht wirkt. Schon jetzt sehe man, dass in ärmeren Wohnvierteln viele nicht mehr wählen gehen. Wenn Menschen aber aus der Gesellschaft ausgeschlossen würden, dann würden sie anfällig für Faschismen. Das lehre die Geschichte, so Fenninger. Ein besonderes Anliegen sei ihm der Kampf gegen die Kinderarmut. Diese zeige nämlich deutlich, dass es eben nicht um persönliche Schuldhaftigkeit geht, son-



Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich



Daniela Kern-Stoiber, Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit

dern um Strukturen. Zahlreiche Studien belegten, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, die Betroffenen von morgen sind. Auch das Schulsystem ändere wenig daran, zeigte Fenninger auf: Nur drei von zehn armutsbetroffenen Kindern schaffen es überhaupt ins Gymnasium. Eine seiner zentralen Forderungen war daher der Erhalt eines sozialen Wohlfahrtsstaats, „in dem das Mindeste das Mindeste bleibt“. Die Mindestsicherung dürfe nicht gekürzt, sondern müsse erhöht werden. Und statt eines Familienbonus brauche es eine eigene Kindergrundsicherung. „Verteilen wir von oben nach unten“, denn Österreich sei ein wirklich reiches Land, appellierte Fenninger.

Kern-Stoiber: Gemeinsam dafür eintreten, dass die benachteiligten jungen Menschen von heute nicht die Armen von morgen werden

Kinder und Jugendliche hätten ein Recht darauf, ein Leben zu führen, in dem sie sich frei entwickeln, mitgestalten und Teilhabe erfahren dürfen, war Daniela Kern-Stoiber vom Bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit (Boja) überzeugt. Vielen sei dies jedoch nicht gegönnt. Während armutsbetroffenen Kindern noch Mitleid entgegengebracht werde, würden junge Menschen oftmals schon als Erwachsene gesehen, die selbst schuld an ihrer Situation sind. Die Reaktion auf Ausgrenzung sei oft Rebellion und Aggression. Dadurch geraten die Jugendlichen aber in einen noch negativeren Fokus, zeigte Kern-Stoiber auf.

Da der soziale Hintergrund der Eltern die Bildungslaufbahn prägt und bestimmt, müsse der Zugang zu den Bildungsangeboten niederschwellig gestaltet sein, forderte sie. Es zeige sich zudem immer mehr, dass wichtige Schlüsselqualifikationen in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung außerhalb der klassischen Bildungsinstitutionen erworben werden. Eine

passende Antwort darauf gibt ihrer Auffassung nach das Konzept der Bildungslandschaften, also lokaler Zusammenschlüsse von Schulen, Freizeiteinrichtungen, Jugendarbeit etc. Notwendig sei auch die Entwicklung von Formaten, in denen Jugendliche lernen, sich zu beteiligen und ihre Stimme zu erheben. Junge Menschen bräuchten zudem – örtliche und psychische – Räume, in denen sie sich ausprobieren dürfen und so akzeptiert werden, wie sie sind. Dazu gehöre die digitale Welt, die ganz viele Ressourcen für junge Menschen birgt, urteilte Kern-Stoiber. Handlungsbedarf gebe es auch im Gesundheitsbereich, da bildungsfernere und benachteiligte Menschen mangelnde Gesundheitskompetenzen aufweisen. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Anstrengungen müssen daher genau jene Jugendlichen stehen, die mit unzureichenden Kenntnissen die Schulen verlassen, die wenig Aussicht auf einen Job haben und von zu Hause nicht ausreichend unterstützt werden.

Marschitz: Gesamtheitliche und rasche Antworten in Sache Pflege notwendig

Walter Marschitz (Sozialwirtschaft Österreich) konzentrierte sich in seinem Referat auf das Thema Armut und Pflege. Grundsätzlich existiere in Österreich ein relativ gut funktionierendes Pflegesystem, das die bestehenden sozialen Probleme deutlich entschärfe. Was die konkreten Zahlen angeht, so gebe es derzeit 460.000 pflegebedürftige Personen und 580.000 pflegende Angehörige. Angesichts einer Durchschnittspension von 1.143 Euro und Kosten für einen Heimplatz von etwa 3.500 Euro (Pflegegeldstufe 4) sei natürlich eine erhebliche Finanzierungslücke feststellbar. Außerdem habe die Abschaffung des Pflegeregresses dazu geführt, dass die Zahl der SelbstzahlerInnen deutlich zurückgegangen ist. Marschitz plädierte daher dafür, dass der engere pflegebedingte Mehraufwand als Solidarrisiko



Walter Marschitz, Sozialwissenschaft Österreich



Nationalratsabgeordnete Carmen Schimanek
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

abgesichert wird. Äußerst wünschenswert wäre eine gesamtheitliche Lösung für das Pflegeproblem, die alle Aspekte – von der Versorgungssicherheit, der Qualität, der Finanzierung, dem Personal etc. – umfasst. Aufgrund des demografischen Wandels sollte rasch gehandelt werden, unterstrich Marschitz.

Schimanek tritt für höhere Mindestlöhne und eine Anpassung des Pflegegeldes ein

Armut in Österreich sei vorwiegend weiblich, erklärte Nationalratsabgeordnete Carmen Schimanek (FPÖ), wobei vor allem AlleinerzieherInnen (38%) und PensionistInnen (22%) besonders betroffen sind. Viele der Frauen können oder konnten nur Teilzeit arbeiten, da sie Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt haben. Weitere Gründe für Altersarmut sind



Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes Ingrid Korosec

Jobs in schlechter bezahlten Branchen oder frühzeitige Erkrankungen, die zu geringeren Pensionen führen. Die von der Regierung geplanten Maßnahmen, die Mindestlöhne und das Pflegegeld zu erhöhen, seien daher absolut notwendig und wichtig. Auch Scheidungen wirkten sich oft sehr negativ auf die Lebenssituationen von Frauen und Kindern aus, hob Schimanek hervor. Da den Frauen dies natürlich bewusst sei, hätten viele oft gar nicht den Mut, sich zu trennen, auch wenn sie einen gewalttätigen Partner haben. Wenn man sich die Armutsstatistik anschaut, komme man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass die traditionelle Familie die beste Absicherung gegen Armut ist. Bewusstseinsbildende Maßnahmen in diese Richtung wären sehr hilfreich. Besser informieren sollte man auch darüber, dass es in Österreich das freiwillige Pensionssplitting gibt. Weiters wünsche sie sich eine rasche Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes sowie die Beseitigung von Diskriminierungen in den Kollektivverträgen.

Kinderarmut nimmt Menschen Entwicklungschancen und führt zu Armut im Alter. Zudem sind vor allem Frauen von Altersarmut betroffen. In diesem Befund waren sich alle ExpertInnen, die zu diesem Thema in der Enquete des Bundesrates Stellung bezogen, einig. Frauen würden durch ihre unbezahlte Arbeit in der Familie, bei Kindererziehung und Pflege einen wesentlichen Beitrag leisten, ohne dafür honoriert zu werden. In den Statements wurde auch darauf hingewiesen, dass Altersarmut zur gesellschaftlicher Isolation führt und Krankheit verursacht.

Korosec: Mangelnde Bildung ist eine wesentliche Ursache für Altersarmut

Ein besonderer Zusammenhang wurde auch zwischen mangelnder Bildung und Armutsbekämpfung gesehen, denn die Benachteiligungen im Kindesalter wirkten ein Leben lang, wie die Präsidentin des Seniorenbundes Ingrid Korosec betonte. Sie forderte daher, vermehrt in Bildung zu investieren, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass dies keine Einbahn sein könne, sondern es auf die Vielfalt des Bildungsangebots ankomme. Dazu bedürfe es noch einer Bewusstseinsbildung, denn nur lebenslanges Lernen vergrößere die Einkommenschancen und schütze somit vor dem Abrutschen in die Armut. Lebenslanges Lernen muss eine Selbstverständlichkeit werden, so das Credo von Ingrid Korosec.

Die Präsidentin des Seniorenbundes forderte zudem eine stärkere Aufklärung darüber, wie wichtig und notwendig eine Eigenpension ist. In diesem Zusammenhang sprach sie sich für ein verpflichtendes Pensionssplitting aus, da dieses freiwillig nicht funktioniere. Sie trat zudem dafür ein, endlich das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu realisieren, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen

und pflegende Angehörige zu unterstützen – auch durch finanzielle Besserstellung. Grundsätzlich plädierte sie dafür, über das Verhältnis von unbezahlter Arbeit und Erwerbsarbeit neu nachzudenken.

Blecha: Wohnen muss wieder leistbar sein

Frauen länger im Erwerbsleben zu halten, ist auch für Karl Blecha vom Pensionistenverband Österreichs unabdingbar. Grundsätzlich hält er es für erforderlich, älteren Menschen altersgerechte Arbeitsfelder zu eröffnen und bessere Integrationsmaßnahmen zu setzen. Heftige Kritik übte er am Stopp der Aktion 20.000. Um der Altersarmut besser begegnen zu können, schlug Blecha vor, bei der Bemessungsgrundlage für künftige Pensionen die schlechtesten zehn Jahre herauszurechnen und bei der erhöhten Ausgleichszulage für Alleinstehende auch die Kindererziehungszeiten zu berücksichtigen. Mit allem Nachdruck trat er für ein neues Mietrecht ein, um das Wohnen leistbar zu machen.

Neubauer: Working Poor und hohe Arbeitslosigkeit sind besondere Herausforderungen

Armut hat viele Gesichter und Ursachen, sagte Werner Neubauer vom Österreichischen Seniorenring. Als besondere Problembereiche bezeichnete er das Phänomen der Working Poor, also jener Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können, und die noch immer hohe Arbeitslosigkeit. Auch die massive Teuerung bereite vielen älteren Menschen große Probleme, sagte er und beleuchtete vor allem den sogenannten Österreichaufschlag, etwa bei Lebensmitteln, kritisch. Seine Forderungen gingen in Richtung Erhöhung des Familienbonus und Anhebung der Mindestpension auf 1200 Euro, bzw. 1500 Euro für Paare. Auch er sprach sich für die



Karl Blecha, Pensionistenverband Österreichs

Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten und Pflege bei der Pensionszeitenberechnung und allgemein für eine steuerliche Entlastung aus.

Heitzmann: An der stärkeren Armutsgefährdung von Frauen hat sich nichts geändert

Von der wissenschaftlichen Seite ging Karin Heitzmann (Institut für Sozialpolitik an der WU Wien) an das Thema heran. Sie bezog sich dabei auf die Gruppe der einkommensarmen Menschen und stellte dazu fest, dass bei dieser Berechnung der Armutsgefährdung nur Einkommen, nicht aber Vermögen oder Ausgaben, etwa für Wohnen etc., miteingerechnet werden. Heitzmann bestätigte, dass die Altersarmut in Österreich in den letzten zehn Jahren gesunken ist, dass sich aber an der stärkeren Armutsgefährdung von Frauen im Alter



Nationalratsabgeordneter Werner Neubauer



Karin Heitzmann, WU Wien

gegenüber Männern nichts geändert habe. Auch ist der Rückgang der Armutsgefährdung bei älteren Männern stärker als bei Frauen. Laut Heitzmann muss man jedoch auch bei den älteren Menschen zwischen unterschiedlichen Gruppen unterscheiden, und so habe sich gezeigt, dass die unter 60-Jährigen stärker von Armut gefährdet sind als die über 60-Jährigen. Auch die Gruppe der über 75-Jährigen bleibt überproportional armutsgefährdet.

Geringes Einkommen zieht viele Mängel nach sich, wie etwa eine schlechte Wohnumgebung und schlechte Wohnbedingungen. Damit erhöhe sich die Krankheitsgefahr und die Pflegebedürftigkeit. Armut mache auch psychisch krank und führe zu sozialer Isolation, führte Heitzmann aus. Das beste Mittel gegen Altersarmut ist für sie die Möglichkeit, individuelle Pensionsleistungen durch eigenständige Erwerbsarbeit zu erreichen.

Herr: Haushaltseinkommen ist entscheidender Faktor, Unterhaltsgarantie muss kommen

Der Zusammenhang zwischen schlechten Bedingungen in Kindheit und Jugend und Altersarmut wurde auch in den Referaten der JugendvertreterInnen deutlich. Um über bessere Daten zu verfügen und zu wissen, was ein Kind braucht, wurde die Forderung nach einer neuen Kinderkostenstudie in den Raum gestellt.

Als einen entscheidenden Faktor zur Verhinderung von Armut in der Familie, bezeichnete Julia Herr von der Bundesjugendvertretung das Haushaltseinkommen. Ihrer Meinung nach müsse man besonders bei der Zielgruppe der AlleinerzieherInnen, der erwerbslosen Eltern, der kinderreichen Familien und jener mit prekären Arbeitsverhältnissen ansetzen. Als ein besonderes Problem in Bezug auf Kinder- und Jugendarmut sieht auch Herr die hohen Wohnungskosten. Viele Familien würden in unbeheizten Wohnungen leben müssen, was sich in der Folge negativ auf die Bildungschancen und die Gesundheit auswirke. Aufgrund eines mangelnden Familieneinkommens können viele SchülerInnen nicht an schulischen Aktivitäten teilnehmen, der Schulanfang bedeute einen massiven Einschnitt in das Familienbudget, all das habe den sozialen Ausschluss zur Folge, so Herr.

Die Jugendvertreterin drängte daher auf eine Unterhaltsgarantie sowie auf eine Neuberechnung des Unterhalts. Sie forderte zudem ein flächendeckendes Angebot an Kindergärten und Kinderbetreuungsplätzen, das den ganzen Tag und das ganze Jahr zur Verfügung steht. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz müsse ab dem ersten Lebensjahr gelten, zudem plädierte Herr für eine Kindergartenpflicht zwei Jahre vor dem Schuleintritt.



Julia Herr, Bundesjugendvertretung
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Tiwald: Erziehung und Hilfe von außen können Unterschiede beheben

Die finanzielle Absicherung, ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung, eine gute Schule und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte sind auch für die zweite Rednerin aus der Bundesjugendvertretung, Martina Tiwald, absolut notwendig. Unterschiede sind behebbar, ist sie überzeugt, einerseits durch Erziehung, andererseits durch Hilfestellung von außen, etwa durch Monitoring, aber auch durch das vielfältige Angebot der zahlreichen Kinder- und Jugendorganisationen. Diese trügen durch ihre sinnvolle Freizeitgestaltung wesentlich zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bei. Tiwald legte einen besonderen Fokus auf die Familie und auf Möglichkeiten individueller Unterstützung. Kinder bräuchten Zeit, Aufmerksamkeit und Fürsorge,



Martina Tiwald, Bundesjugendvertretung

betonte sie, Kindererziehung müsse als eine geteilte elterliche Aufgabe begriffen werden. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Jugendvertreterin appellierte, die Kinderrechte zu verwirklichen und die UNO-Kinderrechtskonvention umzusetzen.

Kohlbauer: Mehr für den sozialen Wohnbau tun

Eine gute Wohnumgebung hält auch Leo Kohlbauer, Landtagsabgeordneter der FPÖ in Wien, für eine zentrale Frage im Kampf gegen Kinderarmut. In diesem Sinn sieht er die Kommunen und Länder besonders gefordert, mehr für den sozialen Wohnbau zu tun. Er kritisierte vor allem, dass Wien den Heizkostenzuschuss gestrichen hat.

Ihm zufolge sollte die öffentliche Hand auch dafür sorgen, dass ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen und diese für sozial Schwache auch kostenlos sind. Sozial benachteiligte Kinder sollten auch im Rahmen der Ganztagsbetreuung das Essen gratis bekommen und für notwendige Schulutensilien nichts zahlen müssen. Kohlbauer machte besonders darauf aufmerksam, dass viele Kinder mit Migrationshintergrund von Armut betroffen sind. Er prangerte vor allem „Betteltouristen“ an, die Kinder für ihre Zwecke missbrauchten, weshalb er für ein rigoroses Bettelverbot und Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Kinder vor Ort eintrat.

Nik Nafs: Notwendig ist Steigerung der Kaufkraft und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohninbußen

Aus der Sicht der Kinder- und Jugendanwaltschaft hob Ercan Nik Nafs vor allem drei Gruppen hervor, denen man besonderes Augenmerk schenken müsse.

Das sind vor allem Menschen ohne Zugang zu Sozialleistungen – zum Beispiel Drittstaatsangehörige –, weiters Menschen, die aus der Grundversorgung herausgefallen sind, und Flüchtlinge. Sie würden ihre Einkünfte besonders aus der Schwarzarbeit beziehen, weshalb sich Nik Nafs für einen Ausbau der Straßensozialarbeit, die Stärkung der NGOs und ganzjährige Unterbringungsmöglichkeiten in Notschlafstellen aussprach.

Die zweite Gruppe betrifft die Beziehenden der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Um bei dieser Gruppe richtig anzusetzen, verlangte der Experte die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe, die Berechtigung, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, auf 21 Jahre anzuheben, eine Unterhaltsgarantie und vor allem auch den Ausbau des sozialen Wohnbaus und die Regulierung der Wohnkosten.

Schließlich gibt es die Gruppe der „Working Poor“. In diesem Zusammenhang machte sich Nik Nafs für eine Steigerung der Kaufkraft durch höhere Einkommen und eine Reduktion der Wochenarbeitszeit ohne



Landtagsabgeordneter von Wien, Leo Kohlbauer

Einkommensverluste stark. Er sprach sich auch für eine weitere engagierte aktive Arbeitsmarktpolitik aus und appellierte, vermehrt in Bildung zu investieren. Als eine Grundnotwendigkeit bezeichnete er darüber hinaus auch Maßnahmen gegen extremistische Strömungen und den Ausbau der demokratischen Kultur.

Gemeinsam mit einer Sprecherin der Betroffenenplattform „Sichtbar werden“ stand am Nachmittag der Bundesratsenquete zu Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter ein Referat von Martin Schenk (Diakonie Österreich, Koordinationsteam Armutskonferenz) auf der Tagesordnung. Die Bundesratsfraktionen erörterten außerdem ihren jeweiligen politischen Fokus, anschließend folgte eine offene Diskussionsrunde.



Ercan Nik Nafs, Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien



Schlussreferat von Martin Schenk, Diakonie Österreich
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Bundesratspräsident Reinhard Todt betonte am Ende der Enquete, dass Armut ein gesellschaftliches Problem sei, das durch soziale Maßnahmen gelöst werden könne.

Schenk: Weiche Faktoren für gutes Leben genauso wichtig wie ökonomische

Harte ökonomische Faktoren gehörten ebenso zum guten Leben wie weiche, so Martin Schenk von der Armutskonferenz. Er rief dazu auf, beides mitzudenken, um den Menschen gerecht zu werden. Diese Faktoren würden aber beispielsweise in der Mindestsicherungsdebatte oft auseinandergerissen. Er warnte auch davor, die Lebensbedingungen im untersten sozialen Netz weiter zu verschlechtern. Damit erfolge ein konstruierter Chancetod für Kinder in unteren Einkommensverhältnissen. Zu beachten sei insbesondere auch, nicht „Bedrohung durch Beschämung“ aufgrund der Herkunft oder Schicht zu erzeugen. Die besten Lernverhältnisse seien dort zu finden, wo Menschen auch an ihren Erfolg glauben können, sprach sich Schenk dafür aus, die Gerechtigkeits- und Leistungsethik breiter aufzustellen.

Eine Sprecherin der Initiative „Sichtbar werden“ schilderte aus der Realität ihre Situation im Alter an der Armutsgrenze. Der große Unterschied zu Erwachsenen sei, dass Kinder und ältere Menschen sich nicht selbst helfen könnten, sondern auf Hilfe angewiesen seien. Leben sollte mehr sein als Überleben, sagte die Sprecherin. Große Unterschiede entstünden durch Bildung oder aufgrund der Möglichkeiten, an Unternehmungen teilzunehmen, in den Wohnverhältnissen bis hin zur Ernährungssituation. Nachdrücklich wies sie auch auf die Verzweigung hin, wenn kein Geld vorhanden ist – selbst für kleine Dinge des Alltags nicht.

ÖVP und FPÖ zu Pflege, Mindestpensionen und Bildung

Auch wenn der Übergang zur Politik nun fast schwerfalle, so der Vorsitzende der Bundesratsfraktion der ÖVP, Edgar Mayer, sei in Österreich zumindest positiv, dass die Altersarmut zurückgegangen ist. Das Land liege auch eher im Spitzenfeld für Sozialausgaben. Zudem wurde von der Regierung nun für Pensionen die Anhebung der Mindestgrenzen festgeschrieben. Ein wichtiger Punkt ist für Mayer, am Pflgethema intensiv zu arbeiten, und auch das Pflegegeld zu erhöhen. Die Pflege zu Hause müsse außerdem attraktiviert werden – nach dem Motto „So viel wie möglich ambulant, so viel wie nötig stationär“.

Von Verantwortung für alle, die wirklich arm sind und sich die lebensnotwendigsten Dinge nicht leisten können, sprach die Bundesratsfraktionsvorsitzende der FPÖ, Monika Mühlwerth. Auch wenn das Thema nicht einfach sei, beginnen müsse man bei Kindern und mit Bildung. Das jetzige Bildungssystem erachtet Mühlwerth als durchlässig, das Angebot bräuchte nur angenommen zu werden. Als Maßnahmen der Regierung hob sie etwa Deutschklassen, die Erhöhung der Mindestpensionen und den Familienbonus hervor. Auch in der Pflege werde ein Modell entwickelt, damit diese wirklich leistbar sei.

SPÖ für Kinderrechte und Beschäftigungsprojekte, Grüne appellieren an Regierung, Armut Riegel vorzuschieben

Die Bundesratsfraktionsvorsitzende der SPÖ, Inge Posch-Gruska, wies auf die Arbeit des Kinderrechteausschusses des Bundesrates hin, einen der wenigen in Europa, wie sie verdeutlichte. Noch immer seien nicht alle Kinderrechte in der Verfassung verankert. Insgesamt befinde sich der Bundesrat auf einem



Bundesrat Edgar Mayer

guten und sachlich orientierten Weg, so Posch-Gruska, die sich auch dafür aussprach, Beschäftigungsprojekte wie die Aktion 20.000 weiterhin aufrechtzuerhalten. Ein wichtiger Faktor darin ist aus ihrer Sicht, dass diese auch Selbstwert geben.

„Armut [...] ist ein Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit“, betonte seitens der Grünen Bundesrätin Ewa Dziedzic. Die Antworten der Republik seien aber von Mindestsicherung bis hin zu familienpolitischen und Bildungsmaßnahmen gespalten, kritisierte sie dazu die Regierung. Diese würde das soziale Netz weiter durchlöchern: Einerseits sei die Rede von Arbeitslosigkeit, zugleich würden AMS-Leistungen gekürzt. Auch was den Familienbonus und die Situation von PflegerInnen betrifft, ortet Dziedzic Widersprüche. Hier orientiere sich die Politik nicht am Wohlfahrtsstaat. Die Bundesrätin der Grünen hofft, dass nach dieser Enquete auch parteiübergreifend der Armut in Österreich ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Problem- und Lösungsansätze in der Debatte breit gestreut

Zahlreiche RednerInnen, unter ihnen MandatarInnen des Nationalrates und Bundesrates, ExpertInnen und VertreterInnen von Institutionen und Ministerien, waren sich in der abschließenden Diskussion einig, dass die Bekämpfung von Armut eines der zentralen Themen unserer Gesellschaft sei. Die Lösungsvorschläge reichten von wirtschaftspolitischen bis hin zu sozialpolitischen Ansätzen. So unterstrichen verschiedene RednerInnen die Bedeutung einer erfolgreichen Wirtschaft als Grundlage für den Sozialstaat. Andere TeilnehmerInnen sahen in Armut eine soziale Stigmatisierung, die sich oft durchs ganze Leben ziehe.



Bundesrätin Inge Posch-Gruska

Grundsätzlich wurde von den DiskutantInnen versucht, das Problem der Armut als gesellschaftlich breit gestreutes Problem zu sehen, das unterschiedliche Ursachen und Auswirkungen mit sich führt. Dabei bildeten aktuelle politische Themen, wie die Kürzung der Mindestsicherung und der Familienbonus, die Grundlage der Diskussion. Von Kritik bis hin zu Lob fanden sich unterschiedliche Positionen zu diesen Maßnahmen. So sei es beispielsweise mit der Anhebung von Mindestpensionen allein nicht getan, meinte etwa ein Referent. Vielmehr müsse auch für leistbares Wohnen eingetreten werden und Kindererziehungszeiten müssten in die Berechnung der Pension miteinbezogen werden. Für eine österreichweite Lösung der Mindestsicherung plädierte hingegen eine andere Rednerin. Eine weitere Teilnehmerin unterstrich, dass eine Deckelung der Mindestsicherung mit anderen Maßnahmen in der Kinderbetreuung und durch Sachleistungen ausgeglichen werde.

Todt: Armut ist ein gesellschaftliches Problem

Kinder- und Altersarmut sind in Österreich ein reales, gesellschaftliches Problem, das durch soziale Maßnahmen gelöst werden könne, unterstrich Bundesratspräsident Reinhard Todt in seinen Schlussworten zur Enquete. Es liege in der Verantwortung der Politik, diese Maßnahmen zu setzen. Dabei müsse bei Bildung, leistbarem Wohnen und sozialer Absicherung angesetzt werden. Er wünsche sich, dass keinem Kind der Zugang zu Bildung verwehrt werde und kein/e PensionistIn in einer ungeheizten Wohnung leben muss.



Bundesratspräsident Reinhard Todt

Von der Digitalisierung sollen alle profitieren

Die Politik trage die Verantwortung, die digitale Zukunft sozial zu gestalten, betonte Bundesratspräsident Reinhard Todt in seiner Antrittsrede. Demgemäß legte er den Fokus seiner Amtszeit auf die Frage, wie man es am Besten ermögliche, dass alle vom Fortschritt der Technik profitieren.

Der neue Bundesratspräsident Reinhard Todt legt in seiner Amtszeit einen klaren Fokus auf soziale Fragen. „Vom Fortschritt der Technik und der Digitalisierung sollen alle Menschen etwas haben – und nicht nur wenige Profiteure“, betonte er in seiner Antrittsrede zum Vorsitz Wiens in der Länderkammer im ersten Halbjahr 2018. Todt amtierte zum zweiten Mal als Präsident des Bundesrates. In seiner Funktion setzte er vor allem Schwerpunkte für eine soziale Zukunft in der Digitalisierung und gegen Armut. Konkreter Schritt dazu war etwa eine Enquete für Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter.

„Wir tragen die Verantwortung, die digitale Zukunft sozial zu gestalten“, unterstrich der neue Länderkammervorsitzende in seiner Antrittsrede. Die Verunsicherung in der Gesellschaft etwa betreffend

Arbeitsplätze der Zukunft könne er nachvollziehen, denn Armut, insbesondere Alters- und Kinderarmut, sei ein reales Problem in Österreich. Diese könne und dürfe man aber nicht hinnehmen, so Todt, es sei Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Armut effizient verhinderten. Als einen konkreten Schritt kündigte er dazu eine Enquete unter dem Titel „Älter, Jünger, Ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“ an. Ebenso müsse sich die Politik darum kümmern, dass die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet: „Die digitale Zukunft muss eine soziale Zukunft sein, sonst verdient sie den Namen Zukunft nicht.“ Wien gehe bei sozialen Fragen mit wunderbarem Beispiel voran, hob Todt hervor. Die Stadt beantworte die soziale Frage mit einem sozialen Sicherheitsnetz, das Tag für Tag dichter gewoben werde.

Wer die Zukunft gestalten wolle, müsse sich aber auch der Vergangenheit bewusst sein, sagte der Bundesratspräsident im Hinblick auf das Gedenkjahr 2018. Das Gedenken und „Niemals vergessen“ seien ungemein wichtig. Erinnern bedeute zudem kämpfen – gegen Menschenverachtung, Diskriminierung und Faschismus. Dieser Kampf für die Menschenrechte sei aktiv zu führen, appellierte Todt an die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt aller Menschen in Österreich zu stärken.

Mit Dank an seinen Amtsvorgänger Edgar Mayer strich Reinhard Todt besonders dessen Engagement in Angelegenheiten der Europäischen Union heraus, etwa zur 8. Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen. Subsidiarität sei ein Grundprinzip der Europäischen Union, so Todt. Nicht passieren dürfe aber, dass Subsidiarität als Nationalismuskeule missbraucht werde. Auch auf europäischer Ebene müsse der Bundesrat zum sozialen Zusammenhalt klar Position beziehen und sich ebenso klar gegen Lohn- und Sozialdumping bekennen.



Begrüßung durch Bundesratspräsident Reinhard Todt
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Übergabe der Bundesratspräsidentschaft von Vorarlberg an Wien im Rathaus - Stadtsenatssitzungssaal
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Übergabe des Bundesratschlüssel, von links: Bundesrat Edgar Mayer, Bundesratspräsident Reinhard Todt © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Reinhardt Todt bei seiner Rede im Zeremoniensaal der Hofburg anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Bundesratspräsident Todt gedenkt Otto Felix Kanitz



Bundesratspräsident Reinhardt Todt bei seiner Ansprache
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

„Wir tragen die Verantwortung, dass Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt aller Menschen in Österreich zu stärken und ein gutes, würdevolles Leben für alle einzufordern. Wir tragen die Verantwortung, uns zu erinnern, wozu wir einst fähig waren, und in dem Wissen zu handeln, dass wir auch heute noch dazu fähig sind.“ Mit diesen mahnenden Worten spannte Bundesratspräsident Reinhardt Todt in seiner Rede anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus einen zeitgeschichtlichen Bogen zur gemeinsamen Verantwortung.



Gedenken an Albrecht Konecny und Otto Felix Kanitz

Er erinnerte in seiner Begrüßungsansprache auch an die beiden Bundesräte Albrecht Konecny und Otto Felix Kanitz. „Albrecht Konecny erinnerte uns immer wieder: Es gab eine Zeit, da konnte in Österreich alleine der Bundesrat seine Stimme zur Erhaltung der Demokratie erheben. Denn der Nationalrat war zu diesem Zeitpunkt vom Austrofaschismus ausgeschaltet.“ Otto Felix Kanitz wiederum hat mit den Kinderfreunden die ersten großen Ferienkolonien zur Erholung für arme Kinder, für Arbeiterkinder mitbegründet. Mit dem Projekt der Kinderrepublik gab er

„Wir tragen die Verantwortung, dass Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen.“

Reinhard Todt

den Kindern in den Ferien Mittel der Demokratie zur Partizipation und zur Selbstbestimmung. Damit war Kanitz zu einer Zeit weit vor der Verschriftlichung der Kinderrechte ein absoluter Vorreiter. Als der österreichische Nationalrat am Zusammentreten gehindert worden war, setzte sich Kanitz im Bundesrat vehement dafür ein, dass ein frei gewähltes Parlament in einer Demokratie zusammentreten können muss. Kanitz warnte im Bundesrat vor der Zerstörung der Demokratie. Er machte dabei deutlich: Eine Diktatur macht dort nicht halt, wo ihrer Machtausübung Schranken gesetzt werden. Es geht nicht nur um die Wahrung der Verfassung, sondern auch um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

Bundesratspräsident Todt zitierte Otto Felix Kanitz aus dem Stenographischen Protokoll der 204. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 27. Oktober 1933: „Wo Demokratie und Selbstbestimmung ausschlaggebend sind, dort ist keine Erschütterung des Staatsgefüges zu beobachten; aber dort, wo Unterdrückung und Tyrannei sich breitmachen, dort kommt es zur Gegenaktion, dort kommt es zu Explosionen, dort kommt es zu revolutionären Erscheinungen.“

Am 17. Februar 1934 wurde auch der Bundesrat als letztes Relikt der verfassungsmäßigen Ordnung der Republik aufgelöst. Otto Felix Kanitz, der sozialde-

mokratischer Bundesrat und nach der Auffassung der Nazis Jude war, wurde wie viele Millionen Menschen Opfer des Nationalsozialismus. Er wurde im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Todt: Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt zu stärken

Mit den Worten Albrecht Konecny's aus dem Buch „Der Tod eines Bundesrates“ warnte Todt klar vor der auch heute spürbaren Ausgrenzung: „Ob Hassparolen gegen jüdische Mitbürger, Pogromaufrufe gegen Ausländer, Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten mit dem Gebot der Reinheit des deutschen Blutes oder dem nur scheinbar biederen Wunsch, Österreicher wollen unter sich bleiben, begründet werden, ist bedeutungslos; bedeutungslos in den Auswirkungen, bedeutungslos auch für die seelische Verfassung derer, die den zunächst so eingängig klingenden Parolen zu folgen bereit sind. Deutschland über alles oder Österreich zuerst, was wäre dies anderes als eine Aussage, die jeder, der sich der jeweiligen nationalen Gemeinschaft zurechnet, gutheißen kann? Aber welche Verbrechen wurden im Namen der ersten Parole und der vielen, die von ihr abgeleitet wurden, begangen?“

Abschließend manifestierte Todt erneut die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen: „Wir tragen die Verantwortung, dass Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. Wir tragen die Verantwortung, den sozialen Zusammenhalt aller Menschen in Österreich zu stärken und ein gutes, würdevolles Leben für alle einzufordern. Wir tragen die Verantwortung uns zu erinnern, wozu wir einst fähig waren, und in dem Wissen zu handeln, dass wir auch heute noch dazu fähig sind.“

Nach der Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka stand die Gedenkveranstaltung des Parlaments gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ganz im Zeichen des generationsübergreifenden Gedenkens. Den Schwerpunkt bildete dabei das Jugendprojekt „Dialog des Erinnerns – Geschichten brauchen Stimmen“ der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, das von deren Direktorin Barbara Glück vorgestellt wurde. Neben den dabei entstandenen Texten von Jugendlichen wurde auch ein Film über das Projekt präsentiert. Der Schriftsteller Michael Köhlmeier hielt die Gedenkrede, in der er die Bedeutung der Gedenkarbeit mit Jugendlichen hervorstrich und vor Antiislamismus warnte. Ein berührendes Interview von der Generalsekretärin des Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, mit der Zeitzeugin Lucia Heilman schlug eine Brücke zwischen der NS-Zeit und der Sensibilisierung heutiger Jugendlicher.

Die neue Arbeitswelt

sozial gestalten

Auf Einladung von Bundesratspräsident Todt stand am 19. Februar das Thema „Digitale Arbeitswelt gestalten. Neue Umgangsformen für neue Arbeitsformen“ im Zentrum einer umfassenden Podiumsdiskussion im Parlament, bei der die verschiedenen Standpunkte ebenso kontroversiell wie konstruktiv beleuchtet wurden.

„Es ist mir ein Anliegen, in der heutigen Diskussion mit Expertinnen und Experten Lösungsansätze für einen sozial verträglichen Umgang mit neuen Formen von Arbeit, Unternehmerschaft und Dienstverhältnissen zu finden“, betonte der Bundesratspräsident zur Begrüßung. Phänomene wie Uber, Foodora und Co. stellten den Arbeitsmarkt, den Gesetzgeber und die Gesellschaft zunehmend vor neue Herausforderungen, so Todt. Die Leistungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen gehe dabei klar in Richtung Selbstausbeutung. Vom Fortschritt der Technik und der Digitalisierung sollten aber alle Menschen und nicht nur wenige Profiteure etwas haben, gab der Vorsitzende der Länderkammer zu bedenken. Oberste Aufgabe der Politik müsse es daher sein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu stärken, etwa auch damit, genügend sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Auf dem Podium diskutierten die ExpertInnen Rolf Gleißner (stv. Leiter für Sozialpolitik und Gesundheit, WKO), Sylvia Kuba (Crowdwork-Expertin der AK Wien), Martin Risak (Institut für Arbeits- und Sozialrecht, Universität Wien) und Eva Wohlfarter (ehemalige Fahrradkurierin bei Foodora, Linguistin, stadtstreuen.at). Moderiert wurde die Diskussion von Lara Hagen (Redakteurin Chronik, „Der Standard“).

Gleißner: Kein Grund für Angst vor technologischem Wandel

Historisch gesehen gab es immer schon Angst vor technologischem Wandel, sagte der stellvertretende Leiter für Sozialpolitik und Gesundheit der WKO, Rolf Gleißner. Dafür sieht er derzeit allerdings keinen Grund, denn in Österreich seien langfristig gesehen immer Jobs dazugekommen, wenn auch nicht in allen Sektoren. Prekäre Beschäftigung ist aus seiner Sicht ein Schlagwort, das nicht überstrapaziert werden sollte – Teilzeitarbeit habe zwar zugenommen, nicht aber prekäre Arbeitsverhältnisse als solche. Einer arbeitsrechtlichen Regulierung für Einpersonenernehmen

kann Gleißner insofern nichts abgewinnen, als diese sich selbst mehrheitlich als Selbständige fühlten und diesen Status auch schätzten. Am Arbeitsmarkt finde zudem ein Aufschwung statt, so der Vertreter der WKO, derzeit könne er nicht erkennen, dass sich dadurch soziale Probleme ergeben. Auch die Arbeitszeit sinke mit mehr Teilzeitarbeit und weniger Überstunden permanent. Arbeitszeitflexibilisierung werde kundenseitig auch den Unternehmen auferlegt, diese sei eine Notwendigkeit, und Österreich habe hier Nachholbedarf im internationalen Vergleich, unterstrich Gleißner. Umgekehrt könne er, im Sinne der Wertschöpfung in Österreich, neuen Regelungen für Arbeitsplattformen nichts abgewinnen – es brauche aber einen fairen Wettbewerb zwischen der „old and new economy“. Österreich als wettbewerbsfähigen Standort zu erhalten, stellt für ihn die beste Absicherung gegen Globalisierung dar.

Kuba: Hart erkämpfte Rechte wie das Arbeitsrecht schützen und ausbauen

Im letzten Jahrhundert sei zwar kein Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund von Fortschritt festzumachen, sagte die Crowdwork-Expertin der AK Wien, Sylvia Kuba, zur historischen Dimension. Zugleich haben sich aber auch die Arbeitsbedingungen gesamtgesellschaftlich positiv verändert. Es gelte hier auch weiterhin, das große Ganze im Auge zu behalten und etwa über Arbeitszeitverkürzung und Gewinnbeteiligung nachzudenken, auch sei Flexibilität entsprechend zu entlohnen. Speziell in den Sektoren, die gefährdet sind, müsse die berufliche Weiterbildung unterstützt werden. Ein Schlüsselproblem ist für Kuba das Verschwimmen der Grenze zwischen selbständig und unselbständig. Was Crowdworking-Arbeitsplattformen betrifft, wo oft nur sehr kleine Aufgaben beauftragt und Arbeitsverträge per Mouseclick abgeschlossen und wieder aufgelöst werden, sieht sie massiven Bedarf an neuen Regelungen. Hier würden die Grundfesten des Arbeitsrechts berührt. Aber auch in der Breite entstehe mit technischen Mitteln wie Tablets oder Smartphones ein Kontrolldruck und



Podiumsdiskussion „Digitale Arbeitswelt gestalten. Neue Umgangsformen für neue Arbeitsformen.“

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

etwa eine verstärkte Taktung von Dienstleistung oder auch sozialer Arbeit. Hart erkämpfte Rechte wie das Arbeitsrecht müssten geschützt und ausgebaut werden, und von den großartigen technischen Fortschritten die breite Masse, und nicht nur Eliten, profitieren, so die Expertin der AK Wien.

Risak: Weiterentwicklung auf frühere Erfahrungen aufbauen

Digitalisierung ist kein singuläres Phänomen, betonte der Experte vom Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien, Martin Risak, sondern werde durch parallele Entwicklungen verstärkt und beeinflusst. So setze die Globalisierung unterschiedliche Arbeitsmärkte unter Druck, Faktoren seien aber auch der demografische Wandel und ein Wertewandel hinsichtlich kollektiver Identität. Etwa fehle für EPU ein Arbeitsrecht, da diese dem typischen Bild der Selbständigen nicht mehr entsprechen. Aber auch an eine kollektive Interessenvertretung sei hier zu denken. Der Arbeits- und Sozialrechtsexperte attestiert etwa schon in der Entwicklung zur Arbeitskräfteüberlassung eine Risikoverschiebung und eine Abkehr von Grundfesten des Wohlfahrtsstaates. Crowdworking-Plattformen sieht er als eine Weiterentwicklung dieses Modells unter Nutzung neuer Technologien, etwa mit Ratingsystemen und Kontrollelementen, die sich unmittelbar auf zukünftige Jobchancen auswirkten und ein massives Abhängigkeitsverhältnis erzeugten. Hier seien Überlegungen anzustellen, zumindest auf die bisherigen

Regulierungen zur Arbeitskräfteüberlassung aufzubauen. Sowohl global als auch innerstaatlich sollte man in der Solidarisierung aus der Vergangenheit lernen, unterstrich Risak und führte als Beispiel dafür das Heimarbeitsgesetz aus dem Jahr 1990 an. Grundsätzlich gebe es in früheren Entwicklungen Ansatzpunkte, wie in der Vergangenheit Lösungen gefunden wurden. Es habe sich bewährt, bei diesen anzusetzen.

Wohlfarter: Mehr Dienstverhältnisse, die Sicherheiten bieten

Eva Wohlfarter berichtete als ehemalige Fahrradkurierin bei Foodora über ihre Erfahrungen in der Mitarbeit als Fahrradzustellerin. In ihrer Situation während des Studienabschlusses sei ihr die Flexibilität als freie Dienstnehmerin zugutegekommen. Wenngleich sich der Job – gesteuert über eine App – in eine Reihe an prekären Dienstverhältnissen, etwa auch an Universitäten, einreihet, gebe es dabei auch eine Art „Coolnessfaktor“ – etwa die Fitness durch das oft intensive Radfahren in der Zustellung. Zu diesem Lebensabschnitt habe für sie das Arbeitsverhältnis gepasst, auf Dauer sollte es jedoch mehr Dienstverhältnisse geben, die auch Sicherheiten wie regelmäßige Bezüge und Sozialleistungen umfassen.

Über diese Podiumsdiskussion hinaus lud Bundesratspräsident Todt unter dem Link www.digitalerwandel.at alle Interessierten ein, sich an einer Onlinediskussion zum Thema „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ zu beteiligen.

Überall ist Zukunft: Gesellschaft im digitalen Zeitalter gestalten

Bundesratspräsident Reinhard Todt und der ÖGB-Verlag luden am Mittwoch, den 23. Mai 2018, zur Buchpräsentation und Podiumsdiskussion „Überall ist Zukunft“ ein. Die omnipräsente Digitalisierung sei, so die Expertinnen und Experten, kein neutraler Prozess, es gelte daher, dabei die unterschiedlichen Interessen mitzudenken.



Begrüßung durch Bundesratspräsident Reinhard Todt
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

In seiner Begrüßung ging Bundesratspräsident Reinhard Todt auf die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf die Bereiche Arbeit, Bildung, Smart Cities, Datenschutz und die damit zusammenhängenden Herausforderungen für Gesellschaft und Gesetzgebung ein. „Wenn wir uns heute die soziale Frage stellen, führt kein Weg daran vorbei, die digitale Dimension mitzudenken“, so Todt.

Die Herausgeberin des Buchs „Überall ist Zukunft“ Sylvia Kuba (Leiterin des Programms Digitalisierung der Arbeiterkammer Wien und der Redaktion des A&W-Blogs, Mitglied des österreichischen Rates für Robotik) gab einen Einblick in das Werk und präsentierte einige wesentliche Zahlen, Daten und Standpunkte daraus. So werfe laut Kuba jedes

Problem der Digitalisierung auch eine Million Verbesserungsmöglichkeiten der Welt auf. Digitalisierung sei aber kein neutraler Prozess, es prallen in der Entwicklung unterschiedlichste Interessen aufeinander.

Unter der Moderation von Lara Hagen (Redakteurin Chronik, „Der Standard“) diskutierten anschließend Thomas Lohninger (Epicenter Works), Annika Schönauer (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien), Klemens Himpele (Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik, Stadt Wien) und Heinrich Himmer (Präsident des Wiener Stadtschulrats) über die Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Gesellschaft. Schnell entspann sich zwischen den Podiumsgästen eine kurzweilige und interessante Diskussion.

Einig waren sich die RednerInnen in ihrem Lob und der Leseempfehlung für das Buch. Thomas Lohninger sprach sich darüber hinaus dafür aus, Regulierungen für neue Bereiche insofern klug anzulegen, als Innovation von unten zugelassen werden soll, zugleich aber die Wertegesellschaft in die Zukunft zu retten, etwa im Hinblick auf Arbeitsrechte. Mediale Grundbildung sei auf der Anwenderseite ebenso wichtig wie ein Update für den Rechtsstaat, mit dem Internet umzugehen.

Annika Schönauer plädierte dafür, in der oft technologiegetriebenen Diskussion immer wieder zu differenzieren, gerade in Bezug auf die Arbeitswelt. So sei etwa die Situation in KMUs ganz anders als in großen Betrieben. Schönauer sprach auch das Thema gesundheitliche Auswirkungen neuer Technologien an, Stichwort Technikstress. Von starken, revolu-

tionären Jobverlusten in der nahen Zukunft geht sie nicht aus, weil auch teilweise alte Technologien noch nachwirkten und die neuen weniger in Betrieben angekommen seien, als man vielleicht denkt.

Aus Sicht der Stadt Wien will Klemens Himpele in der Diskussion zwischen Rechtssetzung beziehungsweise -regulierung und der entscheidenden Rechtsdurchsetzung deutlich unterscheiden. Er ist überzeugt, dass viele Fragen ein Rechtsdurchsetzungs- und kein Rechtssetzungsproblem sind. An Rechtssetzungsangelegenheiten sieht er etwa die der Besteuerung auf EU-Ebene, im Arbeitsrecht hinsichtlich Arbeitnehmervertretungsmöglichkeit der Selbständigen auf Bundesebene, oder auch solche der Stadt Wien etwa im Hinblick auf Nächtigungsplattformen, teilweise im Transportwesen oder im Onlinehandel. Er habe nichts gegen eine Suche der Ferienwohnung im Internet, so Himpele, wolle aber einen fairen Wettbewerb, damit BürgerInnen einen Mehrwert bekommen.

Heinrich Himmer sieht eine sehr hohe Erwartungshaltung im Bildungsbereich, beispielsweise hinsichtlich rasch hoch ausgebildeter TechnikerInnen. Thema sei aber auch immer die Wertigkeitsfrage, etwa wenn es um Lehre und Maturaschule bzw. tra-



ditionelle Handwerksberufe geht. Zu diskutieren sei dabei, wie Bildung auf alle Herausforderungen der Digitalisierung vorbereiten könne, und wenn, vor welchem Hintergrund. Wie Wissen gerecht aufgeteilt werden könne, wurde auch in den früheren technologischen Veränderungen nicht gelöst.



Podiumsdiskussion, von links: Lara Hagen, „Der Standard“, Thomas Lohninger, Epicenter Works, Annika Schönauer, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Sylvia Kuba, Leiterin des Programms Digitalisierung der Arbeiterkammer, Klemens Himpele, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik, Stadt Wien, Heinrich Himmer, Präsident des Wiener Stadtschulrats

Restitution: Bundesratspräsident Todt plädiert für Nachdenkprozess

Österreich habe sich viel zu lange hinter dem Opfermythos versteckt, hielt Bundesratspräsident Reinhard Todt anlässlich einer Buchpräsentation in den Räumlichkeiten des Hohen Hauses fest. Gerade im heurigen Gedenkjahr sei es daher angebracht, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit klar und ohne Beschönigungen zu führen.

Im heurigen Gedenkjahr sei es angebracht, auch daran zu erinnern, wie lange Österreich sich hinter dem Opfermythos versteckt hat, sagte Bundesratspräsident Reinhard Todt im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema. Das habe sich zwar seit der Rede von Bundeskanzler Vranitzky 1991 geändert, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sei jedoch ein stetiger Prozess, und es gebe immer noch Themen, die noch nicht völlig aufgearbeitet seien. Das Buch von Sophie Lillie „Feindliche Gewalten. Das Ringen um Gustav Klimts Beethovenfries“ befasse sich mit einer noch immer nicht völlig



Bundesratspräsident Reinhard Todt mit Barbara Serloth
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

bewältigten Frage, nämlich der Restitutionspraxis der Republik Österreich. Todt meinte, es stehe gerade dem Parlament als Haus der Demokratie gut an, sich auch mit solch heiklen Themen zu befassen. Er hoffe, mit dieser Veranstaltung einen Nachdenkprozess über den Umgang mit Restitutionsfragen anstoßen zu können, sagte Todt. So sei es etwa beschämend, wenn die dem Erben Erich Lederer versprochene Tafel, die ihn als Stifter des Frieses ausweisen sollte, bis heute nicht angebracht wurde.

Das Beethovenfries: Langes Ringen um Restitution

Im Gespräch mit der Zeithistorikerin Barbara Serloth erläuterte die Autorin ihre Beweggründe, dem Fall des 1902 von Gustav Klimt geschaffenen Bilderzyklus ein eigenes Buch zu widmen. Ihr sei es vor allem darum gegangen, die Umstände, wie die Republik Österreich in den Besitz des sogenannten „Beethovenfrieses“ kam, ins Bewusstsein zu rufen. Damit wolle sie jenes einseitige Bild zurechtrücken,

das in der Öffentlichkeit anlässlich der Diskussion um die Rückgabe des Werkes gezeichnet wurde. Um den Fall zu verstehen, müsse man aber auch die andere Seite und die historischen Hintergründe kennen.

Bei dem Sammlerehepaar August und Serena Lederer, welche das Fries ab 1915 besaßen, habe es sich um passionierte Förderer der Wiener Moderne gehandelt, schilderte Lillie. Sie trugen mit ihren Käufen wesentlich dazu bei, dass Gustav Klimt, der keine öffentlichen Aufträge erhielt, seine finanzielle Unabhängigkeit sichern konnte. 1938 wurde das Ehepaar Lederer enteignet und war der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ausgesetzt. Zwar wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das Werk an den rechtmäßigen Erben Erich Lederer zurückgegeben, doch ohne Ausführungsgenehmigung. Nach langen Bemühungen verkaufte Lederer den Fries 1972 schlussendlich um 15 Millionen Schilling an den österreichischen Staat, was ein sehr geringer Preis für ein Kunstwerk von derart eminenter kunsthistorischer Bedeutung gewesen sei, merkte Lillie an.



Auf dem Podium von rechts: Buchautorin Sophie Lillie und Barbara Serloth © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Das Kunstrückgabegesetz habe unterdessen mit der lange geübten, jedoch sehr fragwürdigen Praxis der Republik, einer Aufhebung des Ausfuhrverbots nur zuzustimmen, wenn im Gegenzug Schenkungen an den österreichischen Staat erfolgten, Schluss gemacht. Im Falle des Beethovenfrieses habe nachweislich eine derartige „faktische Erpressung“ stattgefunden, trotzdem sei das Bild bis heute nicht an die Erben nach Erich Lederer zurückgegangen. Für Lillie zeigen sich an diesem Fall nach wie vor bestehende Unzulänglichkeiten der staatlichen Restitutionspraxis. Die Republik sei nach wie vor sowohl Richter als auch Partei, die Geschädigten hätten hingegen keine Parteienstellung. Damit würden Restitutionsverfahren wenig transparent abgewickelt, und die Entscheidungsfindung entspreche keinem rechtsstaatlichen Verfahren, so die Auffassung von Lillie. Sie hoffe, eine Debatte um die ungelösten Fragen der Restitution anstoßen zu können. Das Anbringen von Erklärungstafeln zu Kunstwerken sei zweifellos eine wichtige Forderung. Dabei sei aber darauf zu achten, dass die Geschehnisse klar benannt werden und kein Ausweichen in Euphemismen erfolge.

Sophie Lillie ist Kunst- und Zeithistorikerin in Wien und hat bereits zahlreiche Publikationen zu

den Themen privates Sammeln in Wien vor 1938, Kunstraub und Kunstrestitution veröffentlicht. Ihr Buch „Feindliche Gewalten. Das Ringen um Gustav Klimts Beethovenfries“ ist 2017 im Czernin Verlag erschienen.



Von rechts: Bundesratspräsident Reinhard Todt, Marianne Kirstein-Jacobs, Buchautorin Sophie Lillie, Barbara Serloth © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Internationale Kontakte



(links oben) Bundesratspräsident Reinhard Todt mit dem Präsidenten des Rumänischen Senats Călin Popescu-Tăriceanu. (links unten) Bundesratspräsident Reinhard Todt am Rednerpult im Rumänischen Senat. (rechts oben) Gruppenfoto mit den teilnehmenden Repräsentantinnen und Repräsentanten der Oberhäuser.

© Lucia Grabetz



Präsident der Räteammer des Königreichs Marokko Hakim Benchamach besucht Bundesratspräsident Reinhard Todt

© Parlamentsdirektion/
BKA/Regina Aigner





**Präsident der Vietnam
General Confederation
of Labour Bui Van Cuong
bei Bundratspräsident
Reinhard Todt**
© Parlamentsdirektion/
BKA/Christopher Dunker



**Bundratsdelegation in
Japan: Kranzniederlegung
im Peace Memorial Park
in Hiroshima;
Bundratspräsident
Todt mit dem Präsidenten
des Oberhauses Chūichi
Date im Sitzungssaal des
Japanischen Oberhauses.**
© Parlamentsdirektion/
Brigitte Brenner



Todt: Die Digitalisierung muss sozial gerecht gestaltet werden

Bundesratspräsident Todt zog am Ende seiner Präsidentschaft Bilanz über seine Initiativen im abgelaufenen Halbjahr und schlug konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut bei Kindern, Jugendlichen und älteren Mitmenschen vor. Außerdem ging Todt auf das Gedenkjahr 2018 ein.



Bundesratspräsident Reinhard Todt
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

„Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass der Bundesrat - und damit ein Teil der Österreichischen Gesetzgebung - die Auswirkungen der Digitalisierung auf die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt beleuchtet“, unterstrich Bundesratspräsident Reinhard Todt in seiner Abschiedsrede noch einmal den Schwerpunkt seiner Vorsitzführung im ersten Halbjahr 2018. Die von ihm initiierten Veranstaltungen und Diskussionen sollten Impulse für politisches Handeln geben.

Todt hatte das Motto „Digitale Zukunft sozial gestalten“ für seine Vorsitzführung ganz bewusst gewählt, um die Initiativen seiner Vorgänger zum digitalen Wandel fortzusetzen, jedoch die soziale Verantwortung in diesem Zusammenhang zu thematisieren. Die Herausforderung bestehe darin, Innovationen und neue Technologien zu unserem Nutzen zuzulassen, andererseits aber Rahmenbedingungen zu schaffen, die soziale Gerechtigkeit auch in einer digitalisierten Gesellschaft zu gewährleisten. Man befinde sich in einem Teufelskreis, denn einerseits werde immer mehr Arbeit von Maschinen übernommen und andererseits gehe die Tendenz klar in Richtung Selbstausbeutung. Die Digitalisierung schaffe

auch neue Berufe und Arbeitsverhältnisse, wofür es neue arbeitsrechtliche Regelungen braucht, die ausreichende Einkommen schaffen.

In zahlreichen von Todt initiierten Veranstaltungen ist man der Frage nach den sozialen Auswirkungen der Digitalisierung und dem entsprechenden politischen Handlungsbedarf nachgegangen. Todt erinnerte in diesem Zusammenhang an die Arena Analyse 2018 sowie ein Worldcafé unter dem Titel „Digitale Zukunft gerecht gestalten“. Auch eine Podiumsdiskussion sowie eine Buchpräsentation hätten wichtige Anregungen gebracht. Kurz vor Ablauf seiner Präsidentschaft habe es noch ein Symposium „Digitale Zukunft sozial gerecht gestalten“ gegeben.

Das Herzstück sei sicherlich die Enquete unter dem Titel „Älter, jünger, ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“ gewesen, sagte Todt, und meinte, um Kinderarmut zu bekämpfen, müssten insbesondere finanziell schlechter gestellte Familien gefördert und leistbare, ganztägige Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Was die Altersarmut betrifft, so seien hier besonders Frauen verstärkt betroffen. Todt plädierte daher für eine Umgestaltung des Pensionssystems, etwa die „schlechtesten 10 Jahre“ aus dem Durchrechnungszeitraum zu streichen. Zudem sprach er sich dafür aus, dass Unternehmen, die durch Digitalisierung und technischen Fortschritt immer weniger ArbeitnehmerInnen bei immer größerem Gewinn beschäftigen, einen entsprechend höheren Anteil als steuerliche Abgabe in das Pensionssystem einzahlen sollten.

Der Bundesratspräsident ging auch auf das Gedenkjahr 2018 ein. Es liege in unserer aller Verantwortung, dass Abgrenzung und Ausgrenzung nicht noch einmal die Oberhand in unserer Gesellschaft gewinnen. „Lassen Sie uns diese Botschaft über das Gedenkjahr hinaus mitnehmen!“ appellierte Todt abschließend.

Landeshauptmann Ludwig für Sozialpartnerschaft und Föderalismus

Ebenso wie Bundesratspräsident Reinhard Todt ist Landeshauptmann Ludwig davon überzeugt, dass die Digitalisierung tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen wird. Auch wenn es noch ein weiter Weg sei, so halte er an der Ankündigung fest, dass Wien die Digi-Hauptstadt Europas werden soll.

Die Themen Digitalisierung, Föderalismus und Sozialpartnerschaft standen im Mittelpunkt einer Erklärung, die der neue Wiener Landeshauptmann Michael Ludwig im Bundesrat abgab. Ein vorrangiges Prinzip sei für ihn die Begegnung auf Augenhöhe, sowohl was den Föderalismus als auch die Sozialpartnerschaft betrifft. Aus aktuellem Anlass ging er auf die Debatte über die geplante Arbeitszeitflexibilisierung ein, wo es seiner Meinung nach wichtig gewesen wäre, dem parlamentarischen Diskurs mehr Zeit einzuräumen. Am Ende seiner Rede legte der Landeshauptmann ein Bekenntnis zum gemeinsamen Europa ab, das trotz aller Schwächen, die es in der EU gibt, Garant für eine jahrzehntelange Friedenszeit auf dem Kontinent sei.

Ludwig bezeichnete den Bundesrat als ganz zentrale und wichtige Einrichtung im Rahmen der Bundesgesetzgebung, da er die Verbindung zu den Regionen herstellt. Außerdem zeichne ihn ein besonderes politisches Klima aus. Er habe den Eindruck, dass es in diesem Gremium leichter sei, sich über Fraktionsgrenzen hinweg mit Sachthemen zu beschäftigen. Der Landeshauptmann hielt nichts davon, wenn die Länderkammer klein geredet wird. Man könne durchaus einiges andeuten, am grundlegenden Prinzip sollte man aber festhalten.

Die zweite wichtige Säule, die maßgeblich zur positiven Entwicklung der Zweiten Republik beigetragen habe, sei die Sozialpartnerschaft. Dabei handle es sich um ein bedeutsames Instrument, das auch weiterhin mit Leben erfüllt werden müsse. Auch im Hinblick auf die Einbindung der jungen Menschen sei die Sozialpartnerschaft unerlässlich. Eine Abschaffung der Jugendvertrauensräte, wo die jungen Menschen lernen, was Demokratie ist und wie man sich für seine Interessen einsetzt, sei daher abzulehnen. Auch wenn sich Strukturen immer wieder anpassen müssen, so sollte man doch an bewährten wertvollen Gütern festhalten, bekräftigte der Landeshauptmann.



Landeshauptmann Michael Ludwig
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Voraussetzung für eine positive Zusammenarbeit sei aber immer eine Begegnung auf Augenhöhe, unterstrich Ludwig, der in diesem Zusammenhang die aktuelle Diskussion über die neue Arbeitszeitregelung ansprach. Er hätte sich gewünscht, dass es in dieser Frage mehr Zeit für den parlamentarischen Diskurs gegeben hätte. Außerdem seien auch die Länder von dieser Thematik stark betroffen, da eine Flexibilisierung der Arbeitszeit Auswirkungen auf die Frage der Kinderbetreuung habe. Das Thema werde daher im Zuge der Verhandlungen über die Fortsetzung der diesbezüglichen 15a-Vereinbarungen, die Ende des Jahres auslaufen, intensiv diskutiert werden müssen. Weiters sprach Ludwig die geplante Reform der Mindestsicherung an, die das „letzte soziale Netz“ für viele Menschen darstelle. Auch hier sollte das Einvernehmen mit den Ländern gesucht werden. Durch eine österreichweite Regelung müsse jedenfalls sichergestellt werden, dass niemand in den Städten und Gemeinden hungern, frieren oder auf der Straße schlafen müsse.

Weiters setzte sich Ludwig noch mit den Themen Digitalisierung und Bildung auseinander.

2. Halbjahr 2017 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	5
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen:	
Gesetzesbeschlüsse	70
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	8
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Ausschuss	-
Vertagung im Ausschuss	-
Absetzung im Ausschuss	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
Staatsverträge	7
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	2
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2	-
iVm Art. 50 Abs.4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	3
sonstige Zustimmungen	1
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	4
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbstständige Anträge	1
Selbstständige Entschliessungsanträge	1
Eingebracht:	
Schriftliche Anfragen	158
davon Dringliche Anfragen	-
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Gesetzesanträge	2
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder	-
des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
Selbstständige Anträge	1
Selbstständige Entschliessungsanträge	5
Unselbstständige Entschliessungsanträge	6
davon angenommen	1
Anträge, Einspruch zu erheben	-
davon angenommen	-
Abänderungsanträge	1
davon angenommen	-
Sonstiges:	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	4
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	1
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	2
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	3
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	3
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	2
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	1
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	1
Kinderrechteausschuss	-
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Umweltausschuss	1
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	1
Unvereinbarkeitsausschuss	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Ausschuss für Verkehr	1
Wirtschaftsausschuss	1
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	-
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei



1. Halbjahr 2018 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	7
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	36
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	3
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Ausschuss	-
Vertagung im Ausschuss	-
Absetzung im Ausschuss	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
Staatsverträge	8
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	7
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2	-
iVm Art. 50 Abs.4 B-VG	1
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	19
Berichte der Volksanwaltschaft	2
Selbstständige Anträge	2
Selbstständige Entschliessungsanträge	-

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	147
davon Dringliche Anfragen	5
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder	-
des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
Selbstständige Anträge	2
Selbstständige Entschliessungsanträge	4
Unselbstständige Entschliessungsanträge	7
davon angenommen	1
Anträge, Einspruch zu erheben	-
davon angenommen	-
Abänderungsanträge	-
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	6
Durchführung einer Enquete	2

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	7
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	1
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	5
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	3
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	2
Gleichbehandlungsausschuss	2
Ausschuss für innere Angelegenheiten	3
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2
Justizausschuss	2
Kinderrechteausschuss	3
Landesverteidigungsausschuss	1
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	2
Umweltausschuss	3
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	5
Unvereinbarkeitsausschuss	4
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei
Stand: 28. Juni 2018, 13 Uhr

Impressum:

Herausgeberin/Medieninhaberin/Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich

Redaktion: Andreas Pittler

Texte: L4.1 (Pressedienst), L4.2 (Kommunikation), Lucia Grabetz, Stefan Brunthaler und Bettina Fernsebner-Kokert

Korrektorat: Johanna Seitner, Aida Besirevic

Fotoredaktion: Bernhard Zofall

Bildnachweis Cover: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Bildnachweis Cover Rückseite : © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Bildnachweis: Seite 36/37 © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen, Seite 3, 71 © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Layout/Grafik/Fotobearbeitung: Dieter Weisser

Druck: Queiser GmbH

Wien, im Juli 2018



www.parlament.gv.at

